Anatomie der Staatssicherheit
Geschichte, Struktur und Methoden

— MfS-Handbuch —

Vorbemerkung

Mit dem Sturz der SED-Diktatur forderte die Demokratiebewegung in der ehemaligen DDR 1989/90 auch die Öffnung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes. Das Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG), am 20. Dezember 1991 mit breiter Mehrheit vom Parlament des vereinten Deutschlands verabschiedet, schaffte dafür die Grundlage.

Zu den Aufgaben des Bundesbeauftragen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik gehört die "Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes durch Unterrichtung der Öffentlichkeit über Struktur, Methoden und Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes" (§ 37 StUG). Dazu trägt dieses Kompendium "Anatomie der Staatssicherheit" bei. Das vorliegende Handbuch liefert die grundlegenden Informationen zu Geschichte und Struktur des wichtigsten Machtinstruments der SED.

Seit 1993 einer der Schwerpunkte der Tätigkeit der Abteilung Bildung und Forschung, gelangen die abgeschlossenen Partien des MfS-Handbuches ab Herbst 1995 als Teillieferungen zur Veröffentlichung. Damit wird dem aktuellen Bedarf unterschiedlicher Institutionen und Interessenten Rechnung getragen: den Opfern des MfS, die sich – zum Beispiel durch persönliche Akteneinsicht – jetzt noch einmal mit ihrem Lebensweg befassen, oder etwa Gerichten und Politikern, die in das konspirative Dickicht der DDR-Geheimpolizei vordringen wollen, sowie Behörden, Journalisten und interessierten Bürgern. Schließlich soll es den Historikern dienen; sie können wohl am ehesten ermessen, welche Anstrengungen erforderlich sind, binnen kurzer Frist ein Werk wie dieses zu erarbeiten.

Gemessen an vergleichbaren wissenschaftlichen Publikationen mit Handbuchcharakter, erscheinen die Teillieferungen des MfS-Handbuch zu einem sehr frühen Zeitpunkt. Die Autoren konnten nicht auf einen fortgeschrittenen Forschungsstand mit entsprechend gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen zurückgreifen, sie waren vielmehr gezwungen, grundlegende Befunde erst zu erarbeiten. Da die archivische Bearbeitung der Aktenbestände des BStU noch längst nicht erledigt ist, mußten die Forschungen zum vorliegenden Werk auf der Grundlage noch nicht vollständig erschlossener Bestände erfolgen. Kleinere Korrekturen und Ergänzungen dürften daher voraussichtlich bis zur Publikation der definitiven Buchfassung noch anfallen, in der zu gegebener Zeit sämtliche Teillieferungen zusammengefaßt werden.

Die nachfolgende Übersicht über das Gesamtwerk ermöglicht die Einordnung der jeweils vorliegenden Teillieferung (Fettdruck). Bereits erschienene Teile sind in diesem Inhaltsverzeichnis des MfS-Handbuches mit einem Punkt gekennzeichnet (•).

Die Herausgeber danken allen, die zur Erarbeitung des Handbuches beitragen: den einzelnen Autoren und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung Bildung und Forschung, wo die "Anatomie der Staatssicherheit" entsteht, jenen der Abteilung Archivbestände, die das Vorhaben mit Engagement unterstützen, sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung Auskunft und der Außenstellen, denen wir manchen wertvollen Hinweis verdanken.

Die Herausgeber   Berlin, August 1995

Ü B E R S I C H T   Ü B E R   D A S   G E S A M T W E R K

ANATOMIE DER STAATSSICHERHEIT

– MfS-Handbuch –

Bernd Eisenfeld

Die Zentrale Koordinierungsgruppe

Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung

Der Bundesbeauftragte
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
Abteilung Bildung und Forschung
10106 Berlin
E-Mail: publikation@bstu.bund.de

Schutzgebühr für diese Lieferung: 5,00 €

2. Auflage
Berlin 1996

ISBN 978-3-942130-16-5

urn:nbn:de:0292-97839421301655

Inhalt

1. Überblick

Die Gründung der Zentralen Koordinierungsgruppe (ZKG) im Jahre 1976 und der Bezirkskoordinierungsgruppen (BKG) in den Bezirksverwaltungen stellten eine Reaktion des Ministeriums für Staatssicherheit auf die deutsch-deutsche und internationale Vertragspolitik dar. Diese Politik wurde von der SED-Führung zwar im Sinne der Festschreibung des Status quo in Europa begrüßt, zugleich barg sie wegen der zunehmenden Ost-West-Kontakte aber auch Gefahren für den Machterhalt. Die großen Erwartungen der Bürger der DDR im Hinblick auf eine Liberalisierung des bis dahin selbst im Vergleich zu anderen Ostblockstaaten äußerst restriktiv geregelten Reiseverkehrs verbanden sich auch mit der Hoffnung auf neue Chancen, sich dem SED-Regime durch Flucht entziehen oder die dauerhafte Ausreise in den Westen einfordern zu können. Die Fluchtmöglichkeiten verbesserten sich durch die vielfältigeren Ost-West-Kontakte, die Ausreiseperspektiven wurden unter Berufung auf die von der DDR eingegangenen internationalen Verpflichtungen besser, insbesondere seit der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte von Helsinki.

Der dadurch gewachsene Druck auf die DDR wurde vom Staatssicherheitsdienst als strategisches Mittel des Westens zur Destabilisierung des Landes interpretiert. Diesem vermeintlichen Angriff sollte mit einem abgestimmten Vorgehen aller MfS-Diensteinheiten begegnet werden. Die Bildung der ZKG/BKG war Bestandteil dieser Strategie. Ihre Aufgabe bestand darin, durch koordinierende und anleitende Tätigkeit sowie durch eigene operative Maßnahmen die Fluchtbewegung und die Anträge auf dauerhafte Ausreise unter Kontrolle zu bringen oder ganz zu verhindern. Konzentrierten sich die ZKG/BKG zunächst vor allem auf die Bekämpfung der "Republikflucht" und insbesondere der Fluchthilfeorganisationen, so rückte ab Ende der siebziger Jahre die Unterbindung von Ausreisebegehren zunehmend in den Mittelpunkt. Ab Mitte der achtziger Jahre erlangte dann neben der Eindämmung der weiter eskalierenden Ausreisebewegung auch die Bekämpfung der Fluchtbewegung wieder höheres Gewicht für die Arbeit der ZKG/BKG.

Auf das Anwachsen dieser Probleme reagierte das MfS mit einer ständigen Erweiterung der Aufgaben und Zuständigkeiten sowie mit Veränderungen der Organisationsstruktur und des Personalbestands. Aus ursprünglich drei Bereichen im Jahre 1976/77 entwickelten sich bis 1983 vier Abteilungen, die bis Ende 1986 um zwei weitere auf insgesamt sechs aufgestockt wurden. Erst zu Beginn des Jahres 1987 fand die ZKG ihre endgültige Struktur. Anfänglich als Koordinierungsstelle konzipiert, übernahm sie schließlich die Federführung für die "Bearbeitung" des gesamten Bereichs von Flucht und Ausreise. Das MfS sprach in diesem Zusammenhang von einem "Federführungskomplex". Damit verbunden war die Zunahme eigenständiger operativer Tätigkeit (und zwar sowohl "im und nach dem Operationsgebiet" als auch im Ostblock) und die verstärkte Einflußnahme auf alle staatli-

chen und gesellschaftlichen Bereiche, die mit der Ausreisebewegung befaßt und zu ihrer "Zurückdrängung" verpflichtet waren.

Unterstellt war die ZKG dem Stellvertretenden Minister, Generalleutnant Gerhard Neiber. Die Entwicklung des Mitarbeiterbestandes folgte im wesentlichen der Aufgabenerweiterung. Verfügte die ZKG 1976 über 20 Mitarbeiter - ohne Hauptamtliche Inoffizielle Mitarbeiter (HIM) und Offiziere im besonderen Einsatz (OibE) -, so waren es Ende 1983 127 und im Oktober 1989 schließlich 185 Mitarbeiter. Die gemäß dem Linienprinzip nachgeordnet tätigen BKG wuchsen beinahe in gleicher Größenordnung: von 84 Mitarbeitern im Jahre 1976 über 155 Ende 1983 auf 261 im Oktober 1989. Kennzeichnend für diese Entwicklung war, daß bis Ende 1983 der geltende Stellenplan nicht ausgeschöpft wurde, während in späteren Jahren eine ständige Überschreitung der Planvorgabe zu verzeichnen war.

Die vielfältigen und wachsenden Anforderungen, die das MfS an die ZKG und ihre Mitarbeiter stellte, spiegelten sich auch in der steigenden "Akademisierung" wider. 1988 besaßen nicht weniger als 83 Prozent aller ZKG-Mitarbeiter einen Hoch- oder Fachschulabschluß, der zumeist an der Kaderschmiede des MfS, der Juristischen Hochschule (JHS) in Potsdam-Eiche, erworben worden war. Mit diesem hohen Prozentsatz lag die ZKG weit über dem durchschnittlichen Qualifikationsniveau des MfS, das 1988 insgesamt einen Anteil von 27 Prozent Hoch- und Fachschulkadern auswies. Schon Ende 1983 verfügten 48 Prozent der ZKG-Mitarbeiter über einen solchen Abschluß. Die Führungspositionen der ZKG lagen in den Händen langgedienter MfS-Offiziere, die zumeist in jungem Alter in das MfS eingetreten waren. Im Jahre 1989 standen neben dem Führungstrio an der Spitze aller sechs Abteilungen der ZKG ebenfalls Mitarbeiter, die im Alter zwischen 18 und 21 Jahren ihre Karriere bei der Staatssicherheit begonnen hatten. Trotz großer Anstrengungen gelang es der ZKG und den BKG zu keinem Zeitpunkt, den von Erich Mielke gegebenen "Kampfauftrag" zu erfüllen, nämlich, einen "deutlichen Rückgang der Versuche der Übersiedlungen und des ungesetzlichen Verlassens der DDR zu erreichen".[1] Die strategischen Konzepte zur Eindämmung der Ausreisebewegung zielten zwar auf differenzierte Maßnahmen im Umgang mit den Antragstellern auf dauerhafte Ausreise, diese konnten dennoch nicht verhindern, daß die Zahl der ausreisewilligen Bürger ständig zunahm. In den letzten Jahren der DDR explodierte sie regelrecht. Auch die im Laufe der Jahre von der ZKG verstärkt wahrgenommenen "politisch-operativen" Aufgaben und die intensivere Einwirkung auf gesellschaftliche und staatliche Verantwortungsträger konnten keine "Trendwende" bewirken. Lediglich im "Kampf" gegen die Fluchthilfe führte die

---

[1] Berichterstattung der ZKG vom 16.11.1987 über die Erfüllung der Aufgaben der Kaderarbeit im Jahre 1987; Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (künftig: BStU), Zentralarchiv (künftig: ZA), Zentrale Koordinierungsgruppe (künftig: ZKG) 2796, Bl. 4.

Tätigkeit der ZKG/BKG längerfristig zu Erfolgen. Sie schlugen sich in der Eindämmung und Ausschaltung bedeutender Gruppierungen nieder.

2. Die Zentrale Koordinierungsgruppe Ende der achtziger Jahre

2.1. Aufgaben und Struktur

Die Federführung der ZKG bei der Bekämpfung der Flucht- und Ausreisebewegung basierte auf entsprechenden Grundsatzbestimmungen des Ministers für Staatssicherheit und fand in den Jahren 1983 bis 1986 ihre abschließende Regelung. Wenngleich die ZKG/BKG in den Jahren 1988 und 1989 aufgrund der steigenden Ausreisebewegung und des sprunghaften Anstiegs von Fluchtversuchen[2] vor neuen Herausforderungen stand, so blieb ihr Aufgabenprofil seit 1987 doch im wesentlichen unverändert. Es bestand - unter Einschluß eigenständiger operativer Tätigkeiten - in der Koordinierung, Organisation und Qualifizierung der Arbeit des MfS zur Unterbindung, Zurückdrängung und Bekämpfung der Ausreise- und Fluchtbewegung sowohl auf dem Territorium der DDR und der Zentralen Koordinierungsgruppe (in erster Linie CSSR und Ungarn) als auch auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlins, dem sogenannten Operationsgebiet. Daneben wirkte die ZKG in Zusammenarbeit mit der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) bei der Erstellung von Argumentationshilfen zur Eindämmung der Ausreisebewegung mit. Zur "Öffentlichkeitsarbeit" des MfS zählten auch Desinformationskampagnen, mit denen in westlichen Medien Personen und Organisationen diskreditiert werden sollten, die mit der Flucht- und Ausreisebewegung in Verbindung gebracht wurden.

Eine detaillierte Beschreibung der Aufgaben und organisatorischen Zuständigkeiten findet sich in den Struktur- und Stellenplänen der ZKG aus dem Jahre 1987.[3] Hiernach oblagen den einzelnen Struktureinheiten folgende Aufgaben:

Abteilung 1: Sie war für die Ausreisebewegung innerhalb der DDR zuständig und hatte in erster Linie den "Zurückdrängungsprozeß" anzuleiten sowie "Maßnahmen zur Verhinderung von Provokationen" Ausreisewilliger zu koordinieren. Hinzu kam die eigenständige Bearbeitung Operativer Vorgänge (OV) und die Unterstützung der BKG und anderer Diensteinheiten bei wichtigen Vorgängen. Auch lag es in der Verantwortung dieser Abteilung, solche Ausreisefälle zu entscheiden oder entscheidungsreif vorzubereiten, die aus "politisch-operativen" Gründen und anderen besonderen Interessen der SED-Führung - abweichend von den gesetzlichen Regelungen - zu lösen waren. Ebenso hatte die Abteilung "Leitungsentscheidungen zu Rückkehrersuchenden" vorzubereiten und alle Schreiben von Ausreisewilligen an Repräsentanten der DDR (die ausdrücklich nicht als

---

[2] Vgl. Tabelle 2.

[3] Vorläufiger Struktur- und Stellenplan der ZKG vom 15.1.1987, S. 220 ff.; BStU, ZA, ZKG, unerschlossenes Material, Bündel 517 sowie Zuarbeit der ZKG zum Planstellennormativ der ZKG vom 30.11.1987, S. 1 ff.; BStU, ZA, unerschlossenes Material (MfS VVS 2248/87).

Eingaben im Sinne des Eingabengesetzes der DDR behandelt werden durften) zu prüfen und für die weitere operative Bearbeitung durch die jeweiligen Diensteinheiten des MfS aufzubereiten. Darüber hinaus oblag es dieser Abteilung, die Zusammenarbeit mit der Hauptverwaltung A (Aufklärung) sowie den Hauptabteilungen VI (Paßkontrolle, Tourismus, Interhotels) und VII ("Abwehrarbeit" MdI/DVP) des MfS zu organisieren.

Abteilung 2: Sie war beauftragt mit der "wirksamen und offensiven Bekämpfung" der Fluchthilfe - besonders in ihren organisierten Formen, die als "bandenmäßig organisierter staatsfeindlicher Menschenhandel" bezeichnet wurden. Hierzu gehörte auch die politisch-operative Bearbeitung von "Schwerpunktkomplexen" im "Operationsgebiet", einschließlich der Qualifizierung einer "breiten inoffiziellen Basis". Außerdem hatte die Abteilung politisch-operative Aufgaben "zur Vorbeugung, Verhinderung und Aufklärung" von Fluchtversuchen über die Ostblockstaaten und mit Hilfe "bevorrechteter" Personen (beispielsweise Angehörige der westlichen alliierten Streitkräfte in Deutschland) wahrzunehmen. Das schloß eine vorgangsbezogene "Zusammenarbeit mit den Bruderorganen" des Ostblocks ein. Insbesondere sollten die Mitarbeiter dieser Abteilung nicht aufgeklärten Fluchtfällen ("unbekannte Wege") auf die Spur kommen.

Abteilung 4: Ihre Arbeit war speziell auf das "Operationsgebiet", auf Fahndungsmaßnahmen, unter anderem zur Absicherung von Einreise- und Transitsperren für ehemalige DDR-Bürger, sowie auf ausgewählte "Feindobjekte und -personen" ausgerichtet. Sie wurden von der ZKG eigenständig operativ bearbeitet. Zu den "Feindobjekten", die umfassend ausgespäht wurden, gehörten insbesondere das Westberliner Durchgangswohnheim für Aussiedler und Zuwanderer (DWH) in Marienfelde sowie die Zentrale Aufnahmestelle des Landes Hessen (ZAST) in Gießen.

Abteilung 5: Sie befaßte sich federführend mit der operativen Bekämpfung der "Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte e.V." (IGfM) in Frankfurt am Main und ihrer Außenstellen (u.a. in West-Berlin) und des Vereins "Hilferufe von drüben e.V." (Hvd). Beide Organisationen wurden von der ZKG als "gefährlichste Inspiratoren" der Ausreisebewegung gesehen und in "Zentralen Operativen Vorgängen" (ZOV) bearbeitet. Im Mittelpunkt standen dabei die öffentliche Diskreditierung dieser Organisationen sowie gezielte "Zersetzungsmaßnahmen" gegen aktive Mitglieder.

Abteilung 6: Aufgabe dieser Abteilung war die "Vervollkommnung des Grenzsicherungssystems" sowie die "Qualifizierung der Vorbeugung und Verhinderung" von Fluchtversuchen. Sie befaßte sich speziell mit den "spektakulären" Fällen (gewaltsame Grenzdurchbrüche, Flucht mittels Flugkörper und Wasserfahrzeugen), mit der Verhinderung des sogenannten Reisemißbrauchs und der "Rückgewinnung" bzw. "Rückführung" von Flüchtlingen.

Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG): In ihre Zuständigkeit fiel die kontinuierliche "Anleitung und Kontrolle" der BKG (in den Abteilungen 1 und 2 waren Offiziere entsprechend mit der Anleitung der BKG bei der OV-Bearbeitung beauftragt), die lückenlose "Erfassung, Einspeicherung und Nachweisführung" aller operativ bedeutsamen Informationen, die Erstellung von Lageeinschätzungen, die Erarbeitung dienstlicher Bestimmungen, Weisungen und Planungsvorgaben der ZKG.

Arbeitsgruppe Verbindung Bruderorgane (AGV): Sie koordinierte die Zusammenarbeit der ZKG und BKG mit entsprechenden Stellen in den Sicherheitsapparaten anderer Ostblockstaaten (zum Beispiel bei Botschaftsbesetzungen und Treffen ehemaliger DDR-Bürger mit Antragstellern). Außerdem lenkte sie in Verbindung mit den im Ostblock tätigen Operativgruppen des MfS den Einsatz der hauptamtlichen und Inoffiziellen Mitarbeiter, die zur "Bekämpfung" der Flucht- und Ausreisebewegung eingesetzt wurden.

Die im Jahre 1986 abgeschlossene Festlegung der Aufgabenbereiche schlug sich in einer Organisationsstruktur nieder, die bis zur Auflösung des MfS Bestand hatte. Das nachfolgende Organigramm gibt diese Endstruktur wieder.

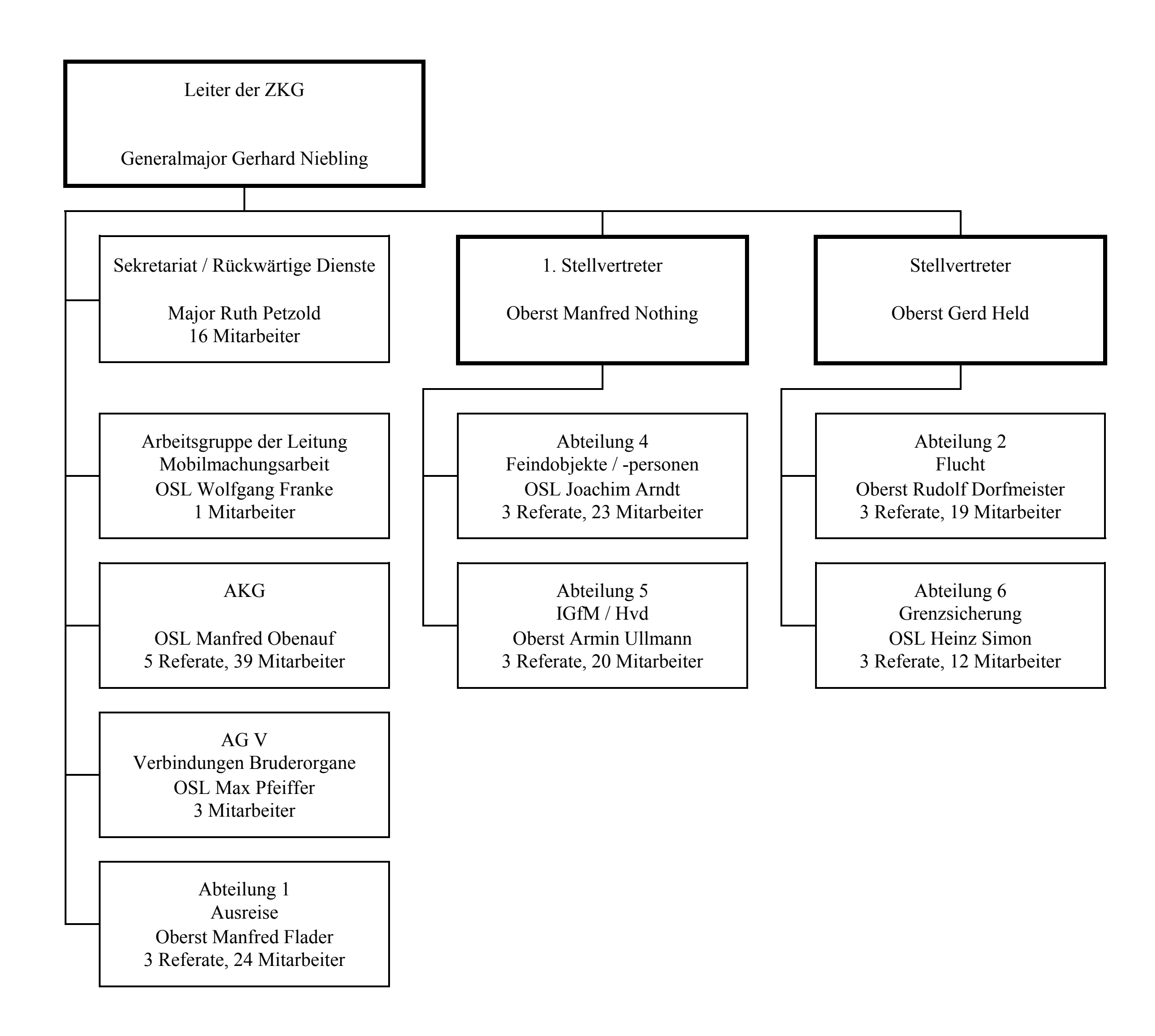
Ein im Januar des gleichen Jahres vorgelegter vorläufiger Struktur- und Stellenplan[4] weicht vom Ist-Zustand im August 1987 nur marginal ab. Lediglich für die Abteilung 6 waren statt der drei Referate ursprünglich vier vorgesehen.

Die im Organigramm dargestellten Anleitungsbereiche verweisen auf die Rangordnung der von der ZKG wahrgenommenen Aufgaben. So unterstanden neben der AKG auch die "Arbeitsgruppe sozialistisches Ausland" und die Abteilung 1 direkt dem Leiter, was die herausragende Bedeutung dieser Abteilung dokumentiert. Dem 1. Stellvertreter des Leiters waren die Abteilungen 4 und 5 zugeordnet, die überwiegend "Westarbeit" leisteten. Dem (zweiten) Stellvertreter des Leiters schließlich unterstanden die Abteilungen 2 und 6, die die Fluchtbewegung vom Boden der DDR aus zu bearbeiten hatten.

---

[4] Vorläufiger Struktur- und Stellenplan der ZKG vom 15.1.1987, S. 270 ff.; BStU, ZA, ZKG, unerschlossenes Material, Bündel 517.

Die Zentrale Koordinierungsgruppe 1987[5]



5 Die ausgewiesenen Zahlen der Mitarbeiter beruhen auf dem Ist-Stand zum 31. August 1987. Zuarbeit zum Planstellennormativ der ZKG vom 30.11.1987; ebenda.

Die Struktur der Bezirkskoordinierungsgruppen (BKG) bei den Bezirksverwaltungen des MfS war einfacher gestaltet. Sie bestand in der Regel aus der Führungsebene Leiter und Stellvertreter, dem Referat "Auswertung und Information" sowie ein oder zwei weiteren Referaten zur gemeinsamen Bearbeitung der Flucht- und Ausreisebewegung. Den Referatsleitern unterstanden "Koordinierungsoffiziere", die insbesondere gegenüber den Kreisdienststellen koordinierende und anleitende Aufgaben wahrnahmen, aber auch in die direkte Bearbeitung bedeutender Vorgänge eingebunden waren.

2.2. Mitarbeiter

Im Oktober 1989 verfügte die ZKG über 192 Mitarbeiter, darunter sechs Hauptamtliche Inoffizielle Mitarbeiter (HIM) und ein Offizier im besonderen Einsatz (OibE). Im Rahmen einer Bilanzierung des Kräftebedarfs für "die Spannungsperiode und im Verteidigungszustand" von Juli 1989 wurde ohne HIM und OibE ein Personalbestand von 177 Mitarbeitern ausgewiesen, der sich aus dem Führungstrio, zehn Abteilungsleitern bzw. Gleichgestellten (Offiziere für Sonderaufgaben und Arbeitsgruppenleiter), 18 Referatsleitern sowie 98 operativen und 48 sonstigen Mitarbeitern (Auswerter, Sekretärinnen, Kraftfahrer etc.) zusammensetzte.[6] 83 Prozent der Mitarbeiter, also ein im MfS-Maßstab weit überdurchschnittlicher Anteil, verfügte über einen Fach- bzw. Hochschulabschluß.[7] Im Jahre 1989 standen drei promovierte Leiter, die ihren akademischen Grad an der MfS-Hochschule in Potsdam-Eiche erworben hatten, an der Spitze der ZKG.

Als Leiter der ZKG amtierte seit März 1983 Oberst Gerhard Niebling (Jg. 1932).[8] Er war 1952 in die Dienste des MfS getreten. Ab 1953 hatte er der HA IX (Untersuchungsorgan) angehört und war dort 1979 als Stellvertreter des Leiters eingesetzt worden.[9] Seine 1979 abgeschlossene Dissertation befaßte sich mit dem Thema: "Grundlegende Aufgaben des MfS im Zusammenhang mit dem zunehmenden Aufenthalt von Ausländern in der DDR".[10]

Der 1. Stellvertreter des Leiters, Oberst Manfred Nothing (Jg. 1933), begann ebenfalls 1952 seine Laufbahn beim MfS. Im Jahre 1977 wurde er aufgrund eines (auf familiären Gründen beruhenden) Versetzungsgesuches[11] von der Funktion des Leiters der Kreis-

---

6 Schreiben der ZKG vom 10.7.1989, S. 40 ff.; BStU, ZA, ZKG, unerschlossenes Material, Bündel 553.

7 Berichterstattung der ZKG vom 7.11.1988 über die Erfüllung von Aufgaben der Kaderarbeit im Jahre 1988; BStU, ZA, ZKG 2801, Bl. 14.

8 Verfügung K 1481/83; BStU, ZA, Kaderstammkarte.

9 Zusammengefaßte Auskunft, I. Teil; S. 4; BStU, ZA, KS 24073/90.

10 Kurzbiographie vom 4.6.1984; ebenda, S. 86 sowie Forschungsarbeit; BStU, ZA, Juristische Hochschule (künftig: JHS) 21872.

11 Versetzungsgesuch OSL Nothing vom 9.5.1977; BStU, ZA, KS 60164/90, Bl. 158.

dienststelle Oranienburg (1968 bis 1977) entbunden und als stellvertretender Leiter der ZKG eingesetzt.[12] Nothing promovierte 1984 zum Thema: "Die politisch-operativen Aufgaben des MfS zur vorbeugenden Verhinderung und offensiven Bekämpfung feindlicher und anderer politisch-operativ relevanter Handlungen im Zusammenhang mit Versuchen von Bürgern der DDR, die Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin zu erreichen".[13]

Als (zweiter) Stellvertreter fungierte Oberst Gerd Held (Jg. 1938), der seine MfS-Karriere 1959 begann und ebenfalls über eine langjährige Erfahrung als Leiter einer Kreisdienststelle (Hoyerswerda 1966 bis 1979) verfügte.[14] Vor seinem Wechsel zur ZKG im September 1982 arbeitete er in der AKG der Bezirksverwaltung (BV) Cottbus als Offizier für Sonderaufgaben.[15] In der ZKG war Held zunächst Stellvertreter des Leiters der Abteilung 2,[16] im Februar 1986 wurde er Leiter der Abteilung 4, im März 1988 erfolgte die Beförderung zum stellvertretenden ZKG-Leiter.[17] Das Thema seiner Dissertation aus dem Jahre 1987 bezog sich auf die Aufgaben der Abteilung 2 der ZKG: "Kampftraditionen und Erfahrungen des MfS aus der politisch-operativen Tätigkeit gegen den staatsfeindlichen Menschenhandel, andere Formen des organisierten Verlassens der DDR und Schlußfolgerungen für die aktuelle und perspektivische Arbeit."[18]

Von den Abteilungsleitern, die den Geburtsjahrgängen 1927 bis 1936 entstammten, begannen jeweils drei ihre MfS-Laufbahn in den Jahren 1952 und 1955. Bis auf den Leiter der AKG und den Leiter der Abteilung 6 waren alle vor ihrem Einsatz bei der ZKG in der einen oder anderen Form mit der "Westarbeit" des MfS befaßt gewesen.

Als Leiter der AKG fungierte seit 1984 Oberstleutnant Manfred Obenauf (Jg. 1934).[19] Er war 1952 als Achtzehnjähriger zum MfS gekommen und vor seinem Wechsel zur ZKG im Oktober 1980 als stellvertretender Leiter der BKG in der BV Frankfurt/Oder tätig gewesen. In der ZKG wirkte Obenauf zunächst als Offizier für Sonderaufgaben und als Stellvertreter des Leiters der AKG.[20]

Der Leiter der Abteilung 1 seit ihrer Gründung, Manfred Flader (Jg. 1927), gehörte ab 1955 dem MfS an und war vor seinem Wechsel zur ZKG im Februar 1976 bei der Ver-

---

[12] Vermerk der Hauptabteilung Kader und Schulung (künftig: HA KuSch) zur Versetzung vom 21.7.1977; ebenda, Bl. 161.
[13] BStU, ZA, JHS 21968.
[14] Kurzbiographie vom 21.10.1988; BStU, ZA, KS 60165/90, Bl. 3.
[15] Vermerk vom 29.6.1982; ebenda, Bl. 48.
[16] Vorschlag zur Versetzung vom 4.8.1982; ebenda, Bl. 52.
[17] Kurzbiographie; ebenda, Bl. 3.
[18] Dissertation Held; BStU, ZA, JHS 230/87.
[19] Beurteilung zu OSL Obenauf vom 15.12.1987; BStU, ZA, Dos. 6983/92, Bl. 53.
[20] Befehl vom 30.4.1981; ebenda, Bl. 38.

waltung von Groß-Berlin als OibE (in der Dienststellung eines Abteilungsleiters) im Bereich der Besucherbüros Berlin-West tätig.[21] Als dienstältester Abteilungsleiter zählte Flader zu den "Pionieren" der ZKG.[22] Im Februar 1986 wurde er zum Oberst befördert.[23]

Die Leitung der Abteilung 2 lag ebenfalls von Anfang an in einer Hand. Rudolf Dorfmeister (Jg. 1934), der 1952 zum MfS gestoßen war, arbeitete als Leiter der Abteilung Koordinierung in der HA VI (Paßkontrolle, Tourismus, Interhotel),[24] bevor er 1977 zur ZKG wechselte. Ab Februar 1988 stand er im Range eines Oberst.[25]

Der Leiter der Abteilung 4, OSL Joachim Arndt (Jg. 1936), war 1955 in das MfS eingetreten[26] und 1983 von der HV A, Abteilung III/11, zur ZKG versetzt worden. Zunächst als Offizier für Sonderaufgaben tätig, übernahm er im Februar 1986 die Funktion des Stellvertreters und ab März 1988 die Leitung der Abteilung 4.

Die Abteilung 5 wurde seit ihrer Gründung im Jahr 1983 von Armin Ullmann (Jg. 1936) geleitet. Er war 1955 in die Dienste des MfS getreten und hatte 1972 die Funktion des stellvertretenden Abteilungsleiters der Abteilung V der HA VII übernommen. 1976 wurde er Leiter dieser Abteilung, deren Aufgabengebiet ausschließlich die "Bekämpfung" der IGfM und der Arbeitsgruppe für Menschenrechte e.V. und ihrer "Stützpunkte und Verbindungspersonen in der DDR" war.[27] 1983 wurde dieser Verantwortungsbereich von der HA VII zur ZKG verlagert, die mit Ullmann gleichzeitig einen ausgewiesenen "Spezialisten"[28] übernahm. Ullmann wurde im Oktober 1987 zum Oberst befördert.[29]

Der Leiter der Abteilung 6, Oberstleutnant Heinz Simon (Jg. 1934), hatte ebenfalls als Achtzehnjähriger seine Karriere beim MfS begonnen. 1982 übernahm er bei der ZKG die Leitung der "Arbeitsgruppe Grenzsicherung" (AGG),[30] aus der 1985 die Abteilung 6 hervorging. Vor seinem Wechsel zur ZKG war Simon als Leiter der Abteilung VIII (Beobachtungen/Ermittlungen) in der BV Magdeburg tätig gewesen.

Die "Arbeitsgruppe Verbindungen Bruderorgane" wurde von Oberstleutnant Max Pfeiffer (Jg. 1929) geleitet, der 1951 zum MfS kam. 1981 wechselte er von der HV A (seit 1975)

---

21 Schreiben der ZKG vom 22.1.1976; BStU, ZA, KS 28694/90, Bl.11.
22 Vorschlag zur Versetzung vom 29.1.1976; ebenda, Bl. 80.
23 Vorschlag zur Beförderung; ebenda, Bl. 100.
24 Vorschlag zur Aufnahme in die Kaderreserve als Abteilungsleiter der HA VI vom 5.1.1976; BStU, ZA, KS 26978/90, Bl. 95.
25 Vorschlag zur Beförderung; ebenda, Bl. 137.
26 BStU, ZA, Kaderstammkarte.
27 Beurteilung zu OSL Ullmann vom 18.6.1980; BStU, ZA, KS 29278/90, Bl. 110.
28 Ebenda.
29 Vorschlag zur Beförderung; ebenda, Bl. 124.
30 Vorschlag zur Versetzung vom 31.3.1982; BStU, ZA, KS 2225/90, Bl. 143.

zur ZKG und wurde zunächst als Offizier für Sonderaufgaben und als Stellvertreter des Leiters der Abteilung 4 eingesetzt.[31]

Als Leiter der Arbeitsgruppe des Leiters fungierte Oberstleutnant Wolfgang Franke (Jg. 1942).[32] Seit 1963 Mitarbeiter des MfS, war Franke vor seinem Wechsel zur ZKG im Jahre 1977 bei der HA XX/5 (Bekämpfung der "Untergrundtätigkeit im und nach dem Operationsgebiet") tätig.[33] 1981 wurde er zum Referatsleiter der Abteilung 4 ernannt und erwarb sich in dieser Funktion besondere "Verdienste" durch "die Schaffung eigener Inoffizieller Mitarbeiter im Operationsgebiet".[34]

---

31 Beurteilung vom 8.10.1980; BStU, ZA, KS 26283, Bl. 131 ff.
32 Vorschlag zur Ernennung vom 10.2.1988; BStU, ZA, Dos. 6990/92, Bl. 36.
33 Schreiben zur Beförderung vom 11.7.1977; ebenda, Bl. 12.
34 Beurteilung vom 28.6.1982; ebenda, Bl. 28.

3. Entwicklungsgeschichte der ZKG

3.1. Entstehung

Im Frühjahr 1975 erging die Weisung Mielkes zur Bildung einer "Zentralen Koordinierungsgruppe (ZKG)",[35] die gleichzeitig eine "Prüfung" der Bildung von "Bezirkskoordinierungsgruppen (BKG)" vorsah.[36] Ein knappes Jahr später wurde mit dem Befehl 1/75 zur "Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und der Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels" vom 15. Dezember 1975[37] eine erste Grundlage für die Tätigkeit der ZKG geschaffen. Er wies die ZKG/BKG "als ständige Arbeitsorgane für die Lösung der Koordinierungsaufgaben"[38] zur Bekämpfung der Flucht aus und kann als der eigentliche Gründungsbefehl gelten. Ihm folgte mit dem am 18. März 1977 erlassenen Befehl 6/77 zur "Vorbeugung, Verhinderung und Bekämpfung feindlich-negativer Handlungen im Zusammenhang mit rechtswidrigen Versuchen von Bürgern der DDR, die Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin zu erreichen" sowie die "Unterbindung dieser rechtswidrigen Versuche"[39] eine Akzentverschiebung in der Arbeit der ZKG/BKG. Neben der Bekämpfung der Flucht aus der DDR übertrug dieser Befehl der ZKG und den BKG nunmehr auch entsprechende Aufgaben zur Bekämpfung der Antragstellung auf dauerhafte Ausreise von Bürgern der DDR in westliche Staaten, vor allem in die Bundesrepublik Deutschland und nach Berlin-West.

Mielke reagierte mit beiden Befehlen auf Entwicklungen, die sich seit 1969/70 anbahnten und für die Systemsicherung der DDR eine besondere Gefahr bedeuteten: Die Verhandlungen der alliierten Siegermächte über Fragen des Zuganges nach Berlin-West sowie vor allem die Verhandlungen über die Verbesserung der Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur Sowjetunion und Polen leiteten eine neue Phase in Europa ein, die die Ost-West-Spannungen in eine Politik der "guten Nachbarschaft" überführen sollten. Sie fand in den deutsch-deutschen Vertragswerken, aber auch in den KSZE-Dokumenten ihren Niederschlag.

Für das SED-Regime ergab sich daraus eine zwiespältige Interessenlage. Einerseits verband es mit der Vertragspolitik die Hoffnung, den Status quo in Mitteleuropa festschreiben zu können und damit die Voraussetzungen für eine endgültige völkerrechtliche Aner-

---

35 Referat (Redemanuskript) Mielkes vom 22.1.1975 auf der Dienstkonferenz zur zentralen Planvorgabe 1975, S. 116; BStU, ZA, Dokumentenstelle (künftig: DSt) 102227.

36 Ebenda, S. 120.

37 Befehl 1/75 vom 15.12.1975; BStU, ZA, DSt 102092.

38 Ebenda, S. 15.

39 BStU, ZA, DSt 102331.

kennung des Staates DDR zu schaffen. Andererseits erkannte die SED-Führung die Gefahren, die aus den zunehmenden Ost-West-Kontakten resultierten.[40] Das MfS registrierte allein für das Jahr 1973 täglich durchschnittlich 25.000 Westbesucher und 36.000 Transitreisende.[41] Wie es in Mielkes Redemanuskript zur Planvorgabe 1975 hieß, wurde die "Forcierung der Kontaktpolitik/Kontakttätigkeit" als "vorrangiges" Instrument des "Gegners" in der "gegenwärtigen Klassenauseinandersetzung" interpretiert und ihre Überwachung bzw. Bekämpfung als "eine zentrale politisch-operative Aufgabe" des MfS eingestuft.[42] In der Fluchtbewegung, insbesondere in Form des "staatsfeindlichen Menschenhandels", sah das MfS den Ausdruck dieser Politik.[43]

Die ambivalente Sicht des MfS auf die Entspannungspolitik wird auch von ihrer internen Geschichtsschreibung reflektiert. So heißt es in der offiziellen "Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit": "In dem Maße, wie es den sozialistischen Staaten gelang, den Imperialismus zur friedlichen Koexistenz zu zwingen, in dem Maße war auch mit einem starken Anstieg des Reise- und Touristenverkehrs mit den kapitalistischen Staaten zu rechnen. Aus den Erfahrungen der letzten Jahre wie bekanntgewordenen Plänen des Gegners zog das MfS die Schlußfolgerung, daß die imperialistischen Geheimdienste, Menschenhändlerbanden, Zentren der politisch-ideologischen Diversion und andere Einrichtungen in einem bedeutend vielfältigeren Maße versuchen würden, den Reise- und Transitverkehr zu feindlichen Zwecken zu mißbrauchen."[44]

Als erste Reaktion darauf dürfte die Bildung der Hauptabteilung VI des MfS zu verstehen sein, die für die "Abwehr- und Aufklärungsarbeit auf dem Gebiet des grenzüberschreitenden Reise- und Transitverkehrs" zuständig war.

Der Befehl 1/75 und die dazugehörige Instruktion vom 15. Januar 1976,[45] ein Konvolut von 180 Seiten, lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß Fluchttendenzen aus MfS-Sicht ständig an Brisanz gewannen. "Entspannungsfeindlichen Kräften" des Westens wurden "verstärkte Anstrengungen" zugeschrieben, Bürger der DDR abzuwerben, zum

---

[40] Vgl. Information Mielkes vom Januar 1976 über Probleme der gegnerischen Kontaktpolitik/Kontakttätigkeit und sich daraus ergebende Schlußfolgerungen für die politisch-operative Arbeit; BStU, ZA, DSt 102099.

[41] Referat Mielkes vor Mitarbeitern der Justiz- und SED-Leitungen am 18.10.1974; BStU, ZA, DSt 102225, Bl. 19.

[42] Referat (Redemanuskript) Mielkes vom 22.1.1975, S. 73; BStU, ZA, DSt 102227.

[43] Ebenda, S. 99.

[44] Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit, hrsg. von der JHS, Potsdam 1980, Bd. II, Kapitel 4: "Das Scheitern der konterrevolutionären imperialistischen Strategien des 'Brückenschlags' und der 'neuen Ostpolitik' - Die Sicherung der DDR vor neuen konterrevolutionären Angriffen des Feindes", S. 656; BStU, ZA, JHS 30/80.

[45] Instruktion vom 15.1.1976 zum Befehl 1/75 zur Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und der Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels; BStU, ZA, DSt 102092.

ungesetzlichen Verlassen der DDR zu verleiten und auszuschleusen.[46] Die angebliche Förderung der "Republikflucht" durch westliche Kräfte wurde als "eine Hauptrichtung des gegnerischen Vorgehens" analysiert und als Versuch entspannungsfeindlicher Kräfte charakterisiert, "den Kalten Krieg neu zu entfachen".[47]

Neben der bereits genannten HA VI und der HA IX, die als Ermittlungs- und Untersuchungsorgan des MfS ständig mit der Fluchtbewegung zu tun hatte, waren vor der Bildung der ZKG zwei weitere Hauptabteilungen schwerpunktmäßig mit der "Bearbeitung" von Fluchtfällen und dem Begehren nach dauerhafter Ausreise befaßt: die HA VII und die Abteilung 5 der HA XX. Die HA XX war schon seit Beginn der sechziger Jahre unter der Verantwortung des damaligen stellvertretenden Leiters, Oberstleutnant Volpert, beim Freikauf politischer Häftlinge eingeschaltet. Mit dem Befehl 506/62 vom 27. August 1962[48] wurde die HA XX/5 "federführend" bei der Bearbeitung "aller Zentren und Gruppen außerhalb der Republik, die Grenzprovokationen und Menschenhandel betreiben". Eine erst im Juli 1962 in der HA VII gebildete Arbeitsgruppe, die dieselbe Aufgabe besaß, wurde gleichzeitig in die HA XX/5 integriert.[49] Zwei Jahre später übernahm die HA XX/5 gemäß Befehl 373/64 vom 6. Mai 1964[50] auch die Koordinierungsfunktion bei Fluchtfällen von DDR-Bürgern über die Ostblockstaaten. In der MfS-Terminologie hieß das "Organisierung des Menschenhandels und der Schleusung von Personen unter Mißbrauch des Reise- und Touristenverkehrs zwischen der DDR und dem sozialistischen Ausland". Beide Befehle verpflichteten sämtliche Diensteinheiten des MfS, der HA XX/5 alle einschlägigen Hinweise zu melden bzw. entsprechendes Material zu übergeben.

Die HA VII war insbesondere in Fällen des Häftlingsfreikaufs und bei jenen Bürgern eingeschaltet, die zur Gruppe der "rechtswidrigen" Antragsteller gezählt wurden. Als Hauptabteilung, die für die "Abwehrarbeit MdI/DVP" verantwortlich zeichnete, war sie einerseits an der Entscheidungsfindung des MdI in konkreten Einzelfällen beteiligt und zugleich in die Bearbeitung jener westlichen "Feindorganisationen" einbezogen, denen die "Inspirierung" von Ausreisebegehren und damit verbundene "feindlich-demonstrative" Aktionen angelastet wurden.

Zum Zeitpunkt der Gründung der ZKG spielte die Ausreiseproblematik allerdings kaum eine Rolle. Der Koordinierungsbedarf konzentrierte sich zunächst ganz auf die Bekämpfung der "Republikflucht". Die ZKG sollte, wie Mielke in seinem Referat zur Planvorgabe 1975 ankündigte, ausschließlich das auf diesem Felde "planmäßige, koordinierte Vorge-

---

[46] Befehl 1/75, S. 1; BStU, ZA, DSt 102092.
[47] Ebenda, S. 6 und 10.
[48] BStU, ZA, DSt 100366.
[49] Ebenda, S. 1.
[50] BStU, ZA, DSt 100417.

hen aller Linien und Diensteinheiten" des MfS gewährleisten und dabei insbesondere die Aufgaben der "ständigen Analyse der politisch-operativen Lage", der "Gewährleistung von Gesamtübersichten", der "Herausarbeitung der politisch-operativen Schwerpunkte", der "weiteren Qualifizierung der operativen Prozesse" sowie der "gründlichen Vorbereitung von Führungsentscheidungen" übernehmen.[51] Des weiteren sollte die ZKG zweckmäßige Formen entwickeln, um "den Einsatz der Kräfte, Mittel und Methoden in der DDR und die Maßnahmen in das und im Operationsgebiet einzuleiten und abzustimmen".[52] Im Mittelpunkt hätten dabei, so Mielke, die "Aufklärung unbekannter Flucht- und Schleusungswege", die Erfassung von "Rückverbindungen in die DDR" sowie die Bekämpfung der "Auftraggeber, Aufkäufer, Werber, Helfer, Kuriere und Stützpunkte" der "kriminellen Menschenhändlerbanden" (KMHB) zu stehen.[53]

Daß die Gründung der ZKG/BKG ganz auf die Bekämpfung der Republikflucht ausgerichtet war, zeigen auch die ersten kaderpolitischen Entscheidungen. Als Leiter der ZKG wurde von der Kaderabteilung nach Abstimmung mit dem stellvertretenden Minister, Bruno Beater, am 15. Oktober 1975 Oberstleutnant Willy Woythe vorgeschlagen.[54] Er übernahm die Leitung am 1. November. Woythe (Jg. 1922) war 1954 in die Dienste des MfS getreten und wurde unter anderem deshalb mit dem "Vaterländischen Verdienstorden" (Silber) ausgezeichnet, weil er durch seine "direkte Einflußnahme auf dem Gebiet der Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels und in der vorbeugenden Sicherung der Staatsgrenze nach Westberlin" die "Qualität der politisch-operativen Arbeit" verbessert habe.[55] Das Thema seiner JHS-Dissertation (1975) lautete: "Die völker- und staatsrechtlichen Grundfragen der Staatsgrenzen. Die Grenze zwischen der DDR und der BRD zur Ostsee und um Westberlin und die politisch-operativen Aufgaben zu ihrer Sicherung."[56]

Sein Stellvertreter, Oberst Heinz Eichler (Jg. 1926), gehörte dem MfS seit der Gründung 1950 an. Vor seinem Wechsel zur ZKG im Januar 1976 war er als Stellvertreter Operativ für die Linie Sicherung des Reise- und Touristenverkehrs (SRT) bei der HA VI und danach in der Hauptabteilung Koordinierung/Auslandstouristik als Bereichsleiter tätig gewesen.[57] In diesen Funktionen hatte Eichler am Aufbau von Operativgruppen in Bulgarien, Ungarn und der CSSR mitgewirkt und die "gesamte Organisation der Koor-

---

51 Referat Mielkes (Redemanuskript) vom 22.1.1975, S. 117 f.; BStU, ZA, DSt 102227.
52 Ebenda, S. 118.
53 Ebenda, S. 119.
54 Schreiben des Leiters der HA KuSch, Oberst Otto, vom 15.10.1975; BStU, ZA, KS 10145/90, Bl. 155.
55 Vorschlag zur Auszeichnung mit dem "Vaterländischen Verdienstorden" in Silber vom 26.5.1975; ebenda, Bl. 148.
56 Dissertation Woythe; BStU, ZA, JHS 21847.
57 BStU, ZA, Kaderstammkarte.

dinierung von Kontrollersuchen der Diensteinheiten des MfS und der BV/V zu Bürgern der DDR während ihres Aufenthaltes in sozialistischen Staaten im Rahmen des Reise- und Touristenverkehrs" übernommen.[58] Innerhalb der ZKG lag seine unmittelbare Verantwortung in der "Lösung der politisch-operativen Aufgaben bei der Koordinierung des Kampfes gegen die kriminellen Menschenhändler".[59]

Zum leitenden Personal der Gründungsphase zählte auch Hauptmann Erich Köpp (Jg. 1938). Seit 1960 beim MfS, wurde er 1975 als Offizier für Sonderaufgaben in einer Arbeitsgruppe des 1. Stellvertreters des Ministers, Generalleutnant Beater, auf seinen Einsatz in der ZKG vorbereitet. Später wurde ihm ein "maßgeblicher Anteil beim Aufbau und der Entwicklung der ZKG" zugeschrieben.[60] Köpp hatte sich ebenfalls durch seine Mitarbeit an einem "Forschungskomplex" zum Thema "Ungesetzliches Verlassen der DDR und Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels" für eine Funktion in der ZKG empfohlen.[61]

3.2. Entwicklung

3.2.1. Vom Schwerpunkt "Republikflucht" zum Schwerpunkt "Ausreise": Die ZKG bis zum Frühjahr 1983

Zielsetzung, Verantwortungsbereich und Aufgabenstellung der ZKG schlugen sich zunächst im Gründungsbefehl 1/75 und der dazugehörigen Instruktion nieder. Sie legten - wie bereits in Mielkes Redemanuskript vom Januar 1975 vorgezeichnet - die Rolle der ZKG und der BKG auf eine orientierende, koordinierende und anleitende Tätigkeit zur Bekämpfung der "Republikflucht" fest. Die prinzipielle Zielstellung lautete:

- "die Wirksamkeit des feindlichen Einflusses auf die DDR-Bürger [...] einzuschränken,
- wirksame und beweiskräftige Voraussetzungen zu schaffen [...], durch offensive Maßnahmen den Gegner an der Verwirklichung seines Langzeitprogrammes, der Mißachtung des Völkerrechts und ratifizierter Verträge zu hindern und

---

58 BStU, ZA, Dos. 69985/92, Bl. 36.

59 Ebenda, Bl. 49.

60 Vorschlag zur Beförderung des Hauptmann Köpp zum Major vom 2.11.1976; BStU, ZA, KS 28779/90, Bl. 138.

61 Ebenda. Der Forschungskomplex lautete: Grundlegende Aufgaben des MfS im Zusammenhang mit dem zunehmenden Aufenthalt von Ausländern in der DDR; BStU, ZA, JHS 21872 (Teil I) und 21884 (Teil II).

– die kriminellen Menschenhändlerbanden [KMHB] als willfährige und brutale Werkzeuge der entspannungsfeindlichen imperialistischen Kräfte und ihre Stützpunkte in ihrer Wirksamkeit einzuschränken und schließlich zu zerschlagen".[62]

Da alle Diensteinheiten des MfS zur "zielgerichteten Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und der Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels" verpflichtet waren,[63] besaß die ZKG in erster Linie koordinierende Funktionen. So hatte sie über die BKG den wechselseitigen Informationsfluß mit den Bezirksverwaltungen und zu den sogenannten Richtungsoffizieren zu gewährleisten. Diese Offiziere sollten über Erfahrungen auf dem Gebiet der Fluchtbekämpfung verfügen und das Anforderungsprofil eines mittleren leitenden Kaders besitzen.[64] Sie hatten im Auftrag des Leiters Koordinierungsaufgaben, aber auch operative Aufgaben bei bedeutsamen Operativen Vorgängen (OV), Operativen Personenkontrollen (OPK) oder "Ersthinweisen" wahrzunehmen und sollten durch die Mitarbeiter der ZKG/BKG qualifiziert werden.[65]

Neben der Zusammenarbeit mit den Richtungsoffizieren und der Meldepflicht aller Diensteinheiten gegenüber der ZKG bei "operativ bedeutsamen Informationen über geplante Maßnahmen des Gegners, erkannte feindliche Kräfte, Vorkommnisse, Handlungen und Erscheinungen",[66] verlangte der Befehl 1/75 die Errichtung besonderer Informations- und Kooperationsbeziehungen zu jenen Diensteinheiten des MfS, die bei der Bekämpfung der Fluchtbewegung eine spezifische Verantwortung trugen:

HA VI (Grenzsicherung): Abstimmung wichtiger Fahndungen;

HA IX (Untersuchungsorgan): Berichterstattung an die ZKG über bearbeitete Ermittlungsverfahren, über neue Erkenntnisse aus Untersuchungsergebnissen sowie die Abstimmung über Rechtshilfeersuchen und Festnahmen östlicher Sicherheitsorgane;

Abteilung X (Internationale Verbindungen): Abstimmung mit der ZKG über das Zusammenwirken mit östlichen Sicherheitsorganen und Übergabe von Ersuchen dieser Organe an die ZKG;

Abteilung XXII (Terrorabwehr): Zusammenarbeit mit der ZKG zur Sicherung einer Übersicht über Erscheinungen des Terrors in Verbindung mit § 105 ("Staatsfeindlicher Menschenhandel") und § 213 ("Ungesetzlicher Grenzübertritt");

---

62 Instruktion vom 15.1.1976 zum Befehl 1/75, S. 15; BStU, ZA, DSt 102092.

63 Vgl. Befehl 1/75, S. 4; ebenda.

64 1. Durchführungsbestimmung zur Dienstanweisung 1/76 des Leiters der Bezirksverwaltung vom 30.4.1976 über die Aufgaben, Arbeitsweise und Stellung der Richtungsoffiziere gemäß dem Befehl 1/75 vom 15.12.1975, S. 1; BStU, ZA, ZKG, unerschlossenes Material, Bündel 523.

65 Ebenda, S. 5.

66 Befehl 1/75, S. 28; BStU, ZA, DSt 102092.

Abteilung Agitation: Enge Zusammenarbeit mit der ZKG unter anderem in Form der "Mitwirkung an dem Lancieren entlarvender oder kompromittierender Informationen [...] zur Verunsicherung und Zersetzung der kriminellen Menschenhändlerbanden, Bloßstellung der Initiatoren und Hintermänner"[67] in der Westpresse sowie die Organisation und Auswahl geeigneter Materialien durch die ZKG/BKG für die Öffentlichkeitsarbeit des MfS;

ZAIG (Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe): Enge Zusammenarbeit bei der "Realisierung des Datenverarbeitungsprojektes 'Datenbank ungesetzlicher Grenzübertritte' (DUG)"[68] und die "Vorbereitung von Materialien, Dokumentationen und Protesten für die Transitkommission [...] sowie für die Gespräche der Beauftragten" durch die ZKG und deren Übergabe an die ZAIG;[69]

HV A (Aufklärung): Zusammenarbeit hinsichtlich einer Analyse über "die Entwicklung der Arbeitskräftesituation in der BRD".[70]

Außerhalb des MfS hatten die ZKG/BKG vor allem das Zusammenwirken "mit anderen Schutz- und Sicherheitsorganen, den staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, Betrieben, Kombinaten und Einrichtungen sowie gesellschaftlichen Organisationen" durch entsprechende Einflußnahme zu organisieren.[71]

Im Zentrum der Tätigkeit der ZKG stand laut Befehl 1/75 die Bekämpfung der Fluchthilfeorganisationen, die als "kriminelle Menschenhändlerbanden" und "neuer Zweig des Berufsverbrechertums"[72] bewertet wurden. Ihre Ausschaltung galt als "eine Hauptaufgabe des MfS". Der Gründungsbefehl verpflichtete die ZKG zur Führung eines entsprechenden "Zentralen Feindobjektvorganges". Dieser ZFOV zielte auf eine "einheitliche Ausrichtung der operativen Bearbeitung krimineller Menschenhändlerbanden, ihrer Hintermänner und Inspiratoren, Mitglieder und Stützpunkte".[73] Um dies zu gewährleisten, sollten alle einschlägigen Informationen und Daten der verschiedenen Diensteinheiten des MfS bei der ZKG zusammengeführt, dort verdichtet und ausgewertet werden.

Mit gleicher Zielrichtung sollten unter Anleitung der ZKG bedeutende Fluchthilfeorganisationen konzentriert in "Zentralen Operativen Vorgängen" (ZOV) durch die Hauptabteilungen bzw. selbständigen Abteilungen und die Bezirksverwaltungen bearbeitet werden. Die Eröffnung eines ZOV setzte allerdings die Zustimmung der ZKG und eine darauf ge-

---

67 Instruktion vom 15.1.1976 zum Befehl 1/75, S. 43; BStU, ZA, DSt 102092.
68 Ebenda, S. 44.
69 Befehl 1/75, S. 22; BStU, ZA, DSt 102092.
70 Instruktion vom 15.1.1976 zum Befehl 1/75, S. 53; BStU, ZA, DSt 102092.
71 Befehl 1/75, S. 17; BStU, ZA, DSt 102092.
72 Ebenda, S. 11.
73 Instruktion vom 15.1.1976 zum Befehl 1/75, S. 133; BStU, ZA, DSt 102092.

stützte Entscheidung des 1. Stellvertreters des Ministers voraus. Neben der Festlegung der Prioritäten war die ZKG zuständig für die

- einheitliche Ausrichtung, den effektivsten Einsatz sowie für Strategievorschläge zur Gewinnung und zur Sicherung von IM,
- Feststellung "neuer Zielgruppen des Gegners, neuer Mittel und Methoden der kriminellen Menschenhändlerbanden",
- Entwicklung neuer Operativer Vorgänge zur Absicherung von Schwerpunktbereichen vor Angriffen der "kriminellen Menschenhändlerbanden",
- "Gewährleistung effektiver, gesellschaftlich wirksamer Abschlüsse Operativer Vorgänge",
- "Koordinierung von Sofortmaßnahmen bei Feststellung unmittelbar bevorstehender Aktionen" und
- "Durchführung eigener politisch-operativer Maßnahmen [...] wie die Führung wichtiger IM, Vorgangsbearbeitung, Vorbereitung und Durchführung operativer Kombinationen und Spiele, Teilnahme an Treffs".[74]

Bei unmittelbar bevorstehenden Aktionen von Fluchthilfeorganisationen war es die Aufgabe der ZKG, die entsprechenden operativen Maßnahmen der Hauptabteilungen VI, VII, VIII, IX und der Abteilung X, der Fahndungsführungsgruppe, der Abteilung XXII und anderer beteiligter Diensteinheiten zu koordinieren und durchzuführen.[75] Alle Diensteinheiten des MfS hatten die ZKG sofort über "operative Hinweise" zu informieren, die auf derartige Fälle schließen lassen konnten. Dazu gehörten Erkenntnisse hinsichtlich einer möglichen Beteiligung bestimmter Personen (unter anderem Diplomaten, Soldaten der westalliierten Streitkräfte in Deutschland, Bürger anderer Ostblockstaaten) und spektakulärer Aktionen, die das internationale Ansehen der DDR hätten schädigen können. Die Informationspflicht gegenüber der ZKG war auch geboten, wenn die Gefahr bestand, daß MfS-Methoden dekonspiriert wurden.

MfS-internen Analysen zufolge wurde die Gründung der ZKG/BKG und die Erfassung der Fluchthilfeorganisationen in Zentralen Operativen Vorgängen als "außerordentlich bedeutsam" eingeschätzt, da "erstmals im MfS die Arbeit mit ZOV auf einem bestimmten Gebiet [...] verbindlich geregelt" worden sei.[76] Durch die Konzentration der Kräfte sei die

---

74 Ebenda, S. 156 sowie Befehl 1/75, S. 19 f.; BStU, ZA, DSt 102092.

75 Instruktion vom 15.1.1976 zum Befehl 1/75, S. 158; ebenda.

76 Oberst Herfurt, OSL Jäckel und Major Krieger: "Forschungsergebnisse zum Thema: Die weitere Qualifizierung der Arbeit mit Zentralen Operativen Vorgängen (ZOV) zur wirksamen Bekämpfung feindlicher Tätigkeit, insbesondere feindlicher Stellen und Kräfte" vom Januar 1984; BStU, ZA, JHS 21926 (oder 20097), Bl. 49.

"Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels" erfolgreich vorangekommen. So sei es gelungen, "die Bearbeitung einer Vielzahl Operativer Vorgänge und Materialien besser zu koordinieren, die operativen Potenzen des MfS umfassender zu nutzen und dem Feind entscheidende Niederlagen beizubringen". Interessant ist in diesem Zusammenhang die Feststellung, daß vor Inkrafttreten des Befehls 1/75 insgesamt 16 Diensteinheiten mit der Bearbeitung einer Fluchthilfeorganisation befaßt gewesen seien, aber nur die Hälfte über Möglichkeiten eines direkten Einsatzes von IM verfügt habe.[77]

Obwohl die Instruktion zum Befehl 1/75 die Ausreisewilligen der Fluchtbewegung zuordnete, besaßen sie zu diesem Zeitpunkt nur eine marginale Bedeutung. Im wesentlichen reduzierte sich die Aufgabenstellung zur Ausreiseproblematik auf die umfassende Ausspionierung der betreffenden Personen, um differenziertere Entscheidungen treffen zu können (zum Beispiel hinsichtlich strafrechtlicher Konsequenzen gegenüber Antragstellern oder Fragen zur Wiedereinreise von Ausgereisten). Einen ausdrücklichen Bezug zur ZKG/BKG stellte die Instruktion nicht her.

Strukturell wies die ZKG 1976 demzufolge nur zwei Bereiche auf: den Bereich "Auswertung und Information" und den Bereich "Koordinierung", der sich dem Fluchtphänomen zuwandte. Die Leitung des Bereiches "Auswertung und Information" übernahm im März 1976 Oberstleutnant Manfred Flader.[78] Mit der Bildung des Bereiches "Koordinierung" wurde im Oktober 1976 der bereits im Vorfeld der Gründung der ZKG eingeschaltete Hauptmann Köpp beauftragt.[79]

Entsprechend dieser Aufgabenstruktur wies die ZKG zum Jahresende 1976 mit 20 Mitarbeitern einen noch vergleichsweise geringen Personalstand auf. Die BKG, die 1976 in allen Bezirksverwaltungen eingerichtet wurden, besaßen zum Jahresende insgesamt 84 Mitarbeiter.[80]

Die Situation veränderte sich jedoch, als die Menschenrechtsaspekte der KSZE-Schlußakte von Helsinki immer stärker ins Bewußtsein der Bevölkerung der DDR rückten. Als unmittelbare Folge registrierte das MfS für das Jahr 1976 nicht nur einen sprunghaften Zuwachs der Ausreiseantragsteller gegenüber dem Vorjahr um 70 Prozent, sondern auch "ein starkes Ansteigen feindlich-negativer Handlungen von Übersiedlungswilligen", deren Ziel angeblich darin bestand, "die staatlichen Organe der DDR unter Druck zu setzen und die Genehmigung zur Übersiedlung [...] zu erzwingen".[81] Des weiteren registrierte die

---

77 Ebenda.
78 Prämierungsschreiben vom 23.11.1976; BStU, ZA, Dos. 6987/92, Bl. 13.
79 Vorschlag zur Beförderung zum Major vom 2.11.1976; BStU, ZA, KS 28779/90, Bl.138.
80 BStU, ZA, HA KuSch/Abt. Planung, unerschlossenes Material, 9 (3), Bündel 4.
81 Jahresanalyse der ZKG für das Jahr 1976 vom 24.1.1977, S. 26; BStU, ZA, ZKG 2164.

ZKG erstmals "Tendenzen des Zusammenschlusses" von Ausreisewilligen in mehreren Städten der DDR.[82]

Als Reaktion auf diese Entwicklung faßte das ZK der SED am 16. Februar 1977 einen Beschluß "zur Gewährleistung des einheitlichen, abgestimmten Vorgehens der staats- und wirtschaftsleitenden Organe, Betriebe, Kombinate und Einrichtungen sowie gesellschaftlichen Organisationen zur Unterbindung rechtswidriger Versuche von Bürgern der DDR, die Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin zu erreichen".[83] Dieser hielt unter anderem fest, den "entspannungsfeindlichen Kräften" und den angeblich von ihnen inspirierten Ausreisewilligen sei "eine entschiedene Abfuhr zu erteilen". Da es nach dem Recht der DDR keinen Rechtsanspruch auf Übersiedlung in westliche Staaten gebe, seien die "rechtswidrigen" Antragsteller "zurückzuweisen" und in differenzierter Weise mit strafrechtlichen, arbeitsrechtlichen und "anderen Mitteln" zu belangen.[84] Betroffen waren damit all jene, die nicht zu den Personengruppen der Rentner und Pflegebedürftigen, Eheschließenden (sofern eine staatliche Genehmigung vorlag) und Eheleuten (sofern einer von beiden die DDR legal verlassen durfte) gehörten.[85] Der ZK-Beschluß vom März 1977 führte zu einer entsprechenden Verfügung des Vorsitzenden des Ministerrates[86] und im MfS zum Ministerbefehl 6/77. Vorausgegangen war diesen Grundsatzregelungen eine im Auftrag Honeckers erarbeitete Vorlage des MdI und des MfS, die mit dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und den Abteilungen Sicherheitsfragen und Staats- und Rechtsfragen des ZK abgestimmt worden war.[87] Die Vorlage bezog sich ausdrücklich auch auf die Helsinki-Schlußakte und bestimmte, daß Bürger, die ihren Ausreiseantrag auf das KSZE-Dokument stützten, "auf mögliche strafrechtliche oder andere rechtliche Konsequenzen" hinzuweisen seien.[88] Bezug nehmend auf ein Fernschreiben Honeckers an die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen der SED schlug dazu die Abteilung Staats- und Rechts-

---

[82] Ebenda, S. 29 ff.

[83] Befehl 6/77, S. 4; BStU, ZA, DSt 102331.

[84] Anlage 2 zum Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK am 16.2.1977; Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (künftig: SAPMO-BA), ZPA, J IV 2/3/2555, Bl. 8 ff.

[85] Ebenda, S. 3 f. Erst ab 1.1.1989 wurde mit einer neuen Reiseverordnung vom 30.11.1988 (Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 25) ein allgemeines Antragsrecht (allerdings mit vielen Einschränkungen) wirksam.

[86] Verfügung 34/77 des Vorsitzenden des Ministerrates vom 8.3.1977 zur Gewährleistung des einheitlichen, abgestimmten Vorgehens der staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe, Betriebe, Kombinate und Einrichtungen in Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Organisationen zur Unterbindung rechtswidriger Versuche von Bürgern der DDR, die Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin zu erreichen; BStU, ZA, DSt 102331.

[87] Vorlage für das Sekretariat des ZK zur Unterbindung rechtswidriger Versuche von Bürgern der DDR, die Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin zu erreichen (ohne Datum); BStU, ZA, HA IX 1983, Bl. 4.

[88] Ebenda, Bl. 7.

fragen beim ZK der SED in einer Hausmitteilung vom 29. Oktober 1976 an Honecker entsprechende Strafrechtsmaßnahmen und weitere Sanktionen gegenüber Ausreisewilligen vor.[89] Mielke reagierte im Oktober 1976 mit der Weisung an die Leiter der Diensteinheiten, daß "ab sofort" alle Anträge auf Ausreise abzulehnen seien, die "sich auf die Schlußakte von Helsinki oder andere Begründungen [...] der Nichteinhaltung völkerrechtlicher Verpflichtungen" durch die DDR beriefen.[90]

Es entsprach der spezifischen Aufgabenstellung des MfS, vor allem solche Antragsteller ins Visier zu nehmen, bei denen eine "feindlich-negative Grundeinstellung" zur DDR angenommen bzw. festgestellt wurde oder die gar entsprechende Aktivitäten entfalteten oder zu entfalten drohten; für solche Bürger, die Westkontakte zu negativ bewerteten Personen oder westlichen Einrichtungen besaßen.

Bezeichnenderweise sah der Befehl 6/77 andererseits aber auch eine Ausbürgerung aus "politisch-operativen Gründen" vor. Sie konnte erfolgen, wenn "nachweisbar" unmittelbare Gefahren für die staatliche Sicherheit drohten, Schaden von der DDR anders nicht abwendbar erschien oder die Ausreise "bedeutsame Vorteile für die DDR" versprach. Die Entscheidung über solche Fälle, die bis 1975 in der Verantwortung des Leiters der Hauptabteilung Innere Angelegenheiten des Ministeriums des Innern gelegen hatten, gingen nun in die Zuständigkeit des MfS über. Entsprechende Vorschläge mußten über die operativen Diensteinheiten der Bezirksverwaltungen nach Bestätigung durch den BV-Leiter und auf der Ebene der Hauptabteilungen/selbständigen Abteilungen durch deren Leiter direkt der ZKG übergeben werden. Die ZKG hatte diese Vorschläge zu überprüfen und sie an den 1. Stellvertreter des Ministers, damals Bruno Beater, "zur Entscheidung heranzutragen".[91]

Ferner übertrug der Befehl 6/77 der ZKG bezüglich der Ausreisewilligen die gleichen Aufgaben, wie sie bereits hinsichtlich der "Republikflucht" festgelegt waren. Sie wurde verpflichtet:[92]

- eine ständige Auswertung und Einschätzung der Lage einschließlich der Wirksamkeit eingeleiteter Maßnahmen zu gewährleisten,
- die Koordinierung der politisch-operativen Maßnahmen und die "Aufklärung und Bekämpfung von [...] Dienststellen, Einrichtungen, Zentren und Organisationen" in der Bundesrepublik und in Berlin-West sicherzustellen,

---

89 Ebenda, Bl. 23.

90 Schreiben Mielkes an die Leiter der Diensteinheiten vom 27.10.1976; BStU, ZA, DSt 101499.

91 Befehl 6/77 vom 18.3.1977 zur Vorbeugung, Verhinderung und Bekämpfung feindlich-negativer Handlungen im Zusammenhang mit rechtswidrigen Versuchen von Bürgern der DDR, die Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin zu erreichen, S. 31; BStU, ZA, DSt 102331.

92 Ebenda, S. 5-6, 15, 20, 30.

- die operativen Diensteinheiten anzuleiten (unter anderem Orientierung auf Schwerpunkte bzw. "Angriffsrichtungen, Mittel und Methoden des Gegners"), zu kontrollieren und zu unterstützen,
- Vorschläge an den 1. Stellvertreter des Ministers zu unterbreiten, wer "für die Bearbeitung neu in Erscheinung tretender feindlicher Organisationen zuständig" sein soll,
- Einspruchsrechte bei Entscheidungen wahrzunehmen, die nach den Weisungen des MdI einer zentralen Genehmigung bedurften,
- Entscheidungsvorschläge für Personen (außer IM) vorzubereiten, die "aus politisch-operativen Gründen" ausreisen sollten und
- in Abstimmung mit den BKG festzulegen, "wie bereits vor der Übersiedlung [...] Möglichkeiten und Bedingungen für die weitere zielgerichtete operative Bearbeitung" von "feindlich-negativ" eingestellten Personen nach ihrer Ausreise geschaffen werden können.

Neben "Sofortmeldungen" aller Diensteinheiten des MfS an die ZKG über erkannte Handlungen von "Feindorganisationen" und unmittelbar bevorstehende Aktivitäten im Innern der DDR, der Zustellung von Berichten über bedeutsame Operative Vorgänge sowie einer vierteljährlichen Berichtspflicht der Hauptabteilungen und Bezirksverwaltungen an die ZKG über "Feindorganisationen", Entwicklungstendenzen und Wirksamkeit der Maßnahmen sah der Befehl 6/77 eine besondere Zusammenarbeit der ZKG mit den Hauptabteilungen VII und IX vor.

Die HA VII hatte eine ständige Übersicht und Auskunftsbereitschaft zu den Ausreiseantragstellern (Anzahl, Zurückweisungen, Genehmigungen, Rücktritte und Wirksamkeit der Arbeit gegenüber dem MdI) sowie eine enge Kooperation mit der ZKG zu gewährleisten. Des weiteren bestand eine Informationspflicht der HA VII gegenüber der ZKG zu allen Personen, die als IM zur Übersiedlung vorgeschlagen wurden.

Die HA IX war zu einer monatlichen Berichterstattung an die ZKG über ihre Erkenntnisse aus Untersuchungsergebnissen im Zusammenhang mit Antragstellern verpflichtet. Dazu gehörten auch Übersichten über eingeleitete Ermittlungsverfahren (einschließlich solcher der Kripo). Außerdem hatte sie über die ZKG die operativen Diensteinheiten des MfS darüber zu unterrichten, ob die Familienangehörigen eines ausgebürgerten Häftlings eine Genehmigung zur Ausreise erhalten sollten oder nicht. Der Weg über die ZKG sollte deren Einspruchsrechte absichern.

Die Festlegung der konkreten Aufgabenstellung der BKG lag gemäß den Befehlen 1/75 und 6/77 bei den Leitern der MfS-Bezirksverwaltungen. Unter Zugrundelegung des Linienprinzips konzentrierte sich ihre Tätigkeit im wesentlichen auf die

- ständige Analyse der Lage und die Gewährleistung aktueller Gesamtübersichten,
- Herausarbeitung der politisch operativen Schwerpunkte und die Gewährleistung einer Vergleichs- und Verdichtungsarbeit,
- Verallgemeinerung gewonnener Erkenntnisse sowie die Aufarbeitung der von der ZKG vorgegebenen Orientierungen,
- Anleitung und Unterstützung der Diensteinheiten bis hinunter zur Ebene der Kreis- und Objektdienststellen und
- Führung und den zielgerichteten Einsatz wichtiger eigener, insbesondere überörtlich einsetzbarer IM sowie die eigene Bearbeitung von Operativen Vorgängen.

Unter der ideologischen Prämisse, daß die Ausreisebewegung und ihre demonstrativen Erscheinungsformen nicht die Folge unüberbrückbarer innerer Konflikte, sondern das Ergebnis einer äußeren, vom "Gegner" inszenierten und gesteuerten Beeinflussung sei, war die Tätigkeit der ZKG vornehmlich auf die "Feindorganisationen" sowie ihre "Deckadressen" gerichtet. Konzentrierte sich das Hauptaugenmerk bis 1977 auf die Fluchthilfeorganisationen, so rückten mit Befehl 6/77 mehr und mehr solche Organisationen ins Blickfeld, die für die Zunahme der Ausreiseantragsteller verantwortlich gemacht wurden. Damit reagierte die ZKG auf die rückläufige Tendenz bei den Fluchtfällen und auf wachsende Aktivitäten bei den Antragstellern auf dauerhafte Ausreise.[93] Schon 1978 war in einem Protokoll der SED-Bezirksleitung Berlin von einer Verdreifachung strafbarer Handlungen "Übersiedlungsersuchender" und von Versuchen des Gegners die Rede, in der DDR durch eine "raffinierte Kontaktpolitik" eine "Ausreisebewegung" zu installieren.[94] Ihren Hauptgegner erblickte die ZKG in der "Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte" (IGfM)[95] in Frankfurt/Main und in dem Verein "Hilferufe von drüben e.V." in Lippstadt, der 1978 in Zusammenhang mit der gleichnamigen Sendereihe des ZDF-Magazins gegründet worden war. Hinzu kamen die 1963 gebildete "Arbeitsgemeinschaft 13. August e.V." in West-Berlin, das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, die Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland in den Ostblockländern sowie die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin.

---

93 Vgl. Anhang, Tabellen 2 und 3.

94 Protokoll der SED-Bezirksleitung Berlin vom 22.5.1978; Bezirksparteiarchiv Berlin (BPA) IV D-2/3145.

95 1972 als "Gesellschaft für Menschenrechte e.V." gegründet.

Bis Anfang der achtziger Jahre erfaßte die ZKG darüber hinaus unter anderem die in West-Berlin ansässigen Organisationen "Arbeitsgruppe für Menschenrechte" (AfM, gegründet 1978), das "Schutzkomitee Freiheit und Sozialismus" (gegründet 1976),[96] den "Selbsthilfeverein ehemaliger DDR-Bürger" (gegründet 1979) und die als "Leitinstitut der 'DDR-Forschung' und Zentrum der politisch-ideologischen Diversion" charakterisierte Außenstelle (Abteilung IV) des Gesamtdeutschen Institutes[97] sowie die bundesweite "Vereinigung der Opfer des Stalinismus" (VOS), das "Hilfswerk Helfende Hände e.V." (HWHH) in Hamburg und "amnesty international" (ai).

Eine federführende operative Bearbeitung erfolgte bis 1983 durch die ZKG lediglich in zwei Fällen: So wurde eine Münchener Rechtsanwaltskanzlei seit 1977 als angebliche Fluchthilfeorganisation im ZOV "Alpha" bearbeitet, einen weiteren ZOV legte die ZKG 1979 über den Verein "Hilferufe von drüben" (ZOV "Kobra") an. Mit der Anlegung eines ZOV übernahm die ZKG die operative Federführung über alle sogenannten Teilvorgänge (TV) und Operativen Vorgänge (OV) zur jeweiligen "Feindorganisation", die von anderen Diensteinheiten bearbeitet wurden. Dies schloß auch die Abstimmung des Einsatzes von Inoffiziellen Mitarbeitern ein. Für jeden eingesetzten IM, sei es der ZKG oder anderer beteiligter Dienststellen, wurde als Bestandteil des ZOV eine entsprechende "Einsatz- und Entwicklungskonzeption" erarbeitet. Als weitere Hilfsmittel zur Verdichtung des Informationsflusses legte die ZKG neben den operativen Handakten in ihrer Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG) auch eine Vielzahl von Karteien zu IM, anderen Personen, Bildern, Objekten, Telefonnummern, Kfz, Fahndungen und Adressen an.

Im übrigen waren alle operativen Diensteinheiten des MfS angewiesen, die ZKG laufend über neue "Kontaktpersonen" und "Deckadressen" zu informieren, die von "Feindorganisationen" in der Bundesrepublik und West-Berlin benutzt wurden. Das Augenmerk der ZKG richtete sich dabei zunehmend auf die sogenannten Rückverbindungen. Gemeint waren damit alle Kontakte ehemaliger DDR-Bürger mit Verwandten, Freunden bzw. Gleichgesinnten und Gruppierungen in der DDR, die vom MfS als "feindlich-negativ" eingeschätzt wurden. Bereits 1977 stellte die ZKG in ihrer Jahresanalyse fest, "daß besonders umfangreiche feindlich-negative Aktivitäten durch Personen zu verzeichnen sind, die die DDR ungesetzlich verlassen haben, mit staatlicher Genehmigung übergesiedelt sind bzw. in die BRD oder nach Westberlin ausgewiesen wurden".[98] Ein Jahr später hieß es in der Jahresanalyse, daß weitere Anstrengungen erforderlich seien, "um über die BKG und Richtungsoffiziere eine differenziertere und unverzügliche aktive Bearbeitung

---

[96] Vgl. Hannes Schwenger: Das Schutzkomitee Freiheit und Sozialismus in Selbstzeugnissen, Dokumenten, Briefen und im Zerrspiegel der MfS-Akten, in: europäische ideen, Sonderheft 1995.

[97] Jahresanalyse der ZKG für das Jahr 1978 vom 25.1.1980, S. 6; BStU, ZA, ZKG 2166.

[98] Jahresanalyse der ZKG für das Jahr 1977 vom 24.1.1978, S. 23; BStU, ZA, ZKG 2165.

aller operativ-bedeutsamen Rückverbindungen" zu gewährleisten.[99] 1980 konstatierte die ZKG, daß ein "großer Teil feindlicher Aktivitäten zur Inspirierung und Instruierung von Bürgern der DDR zu rechtswidrigen Übersiedlungsversuchen" auf die nach wie vor existierenden "Rückverbindungen" zurückzuführen sei.[100] Auf einer Dienstkonferenz im Frühjahr 1982 hieß es, "daß vor allem aufgrund der erheblichen Anzahl der in den zurückliegenden Jahren Übergesiedelten der Umfang der Rückverbindungen" zunehme, was wiederum "eine der Ursachen für das Ansteigen der rechtswidrigen Ersuchen" darstelle.[101] Auch arbeite ein "erheblicher Teil der Ausgeschleusten und Übergesiedelten (auch der aus dem Strafvollzug Ausgewiesenen)" aktiv in "Menschenhändlerbanden und Feindorganisationen" mit und stelle sich "als Tipper für weitere Schleusungs- und Übersiedlungskandidaten zur Verfügung", so daß die "Rückverbindungen zum Aufbau feindlicher Stützpunkte in der DDR" genutzt würden.[102]

Zur Eindämmung dieses aus der Sicht des MfS äußerst bedrohlichen Phänomens der "Rückverbindungen" ergriff das MfS eine Reihe von Maßnahmen, die bei der Antragstellung einsetzten und bis zur operativen Bearbeitung vor Ort nach der Ausreise reichten. Vor der Ausreise sollten mögliche "Rückverbindungen" - auch im Sinne der Werbung von Inoffiziellen Mitarbeitern - aufgeklärt, über Einreise- bzw. Durchreiseverbote (vorwiegend Osttransit) entschieden, Fahndungen festgelegt und unter anderem auch Maßnahmen eingeleitet werden, die "zur Diskreditierung dieser Personen sowie zur Desinformation und Verunsicherung des Gegners" geeignet waren. So sollten beispielsweise Antragsteller durch Verdächtigungen "in das Blickfeld gegnerischer Abwehrorgane" gerückt werden.[103] Nach der Ausreise sollten "durch den Einsatz von IM sowie die Anwendung operativer Mittel und Methoden [...] entstehende Rückverbindungen rechtzeitig erkannt, unterbunden, positiv beeinflußt oder für die Arbeit im und nach dem Operationsgebiet zielstrebig genutzt"[104] sowie die Einbindung "in feindliche Zentren und Organisationen" verhindert werden. Zu den vorbeugenden Maßnahmen zählte unter anderem der Entzug des Personalausweises und die Aushändigung einer Ersatzidentifikation (der sogenannte PM-12-Ausweis), um Reisen ins sozialistische Ausland zu verhindern.

---

99 Jahresanalyse der ZKG für das Jahr 1978 vom 25.1.1979, S. 68; BStU, ZA, ZKG 2166.

100 Jahresanalyse der ZKG für das Jahr 1980 vom 5.11.1980, S. 10; BStU, ZA, ZKG 1978.

101 Arbeitsmaterial: Auszüge aus dem Referat des Leiters der ZKG und dem Schlußwort des Stellvertreters des Ministers, Gerhard Neiber, auf der Dienstkonferenz der ZKG am 25.3.1982, aus denen sich wesentliche Aufgabenstellungen zur weiteren Durchsetzung der Befehle 1/75 und 6/77 ergeben; BStU, ZA, ZKG 2016, Bl. 187 f.

102 Ebenda, Bl. 187.

103 Dienstanweisung 2/83 vom 13.10.1983 zur Unterbindung und Zurückdrängung von Versuchen von Bürgern der DDR, die Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin zu erreichen, sowie für die vorbeugende Verhinderung, Aufklärung und wirksame Bekämpfung damit in Zusammenhang stehender feindlich-negativer Handlungen, S. 36; BStU, ZA, DSt 102977.

104 Ebenda.

Als generelle Abwehrmaßnahme war offensichtlich das seit 1977 praktizierte Einreise- bzw. Durchreiseverbot gedacht, das die Mehrheit der dauerhaft in den Westen Ausgereisten traf. Viele Betroffene wichen demzufolge auf Ostblockstaaten - vor allem die CSSR und Ungarn - aus. Dies wiederum führte bei der ZKG zu einer weiteren Ausdehnung ihres Aufgabenbereiches. Sie konstatierte 1982:

> "Durch die eingeleiteten Einreisesperren erfolgen zunehmend Treffen ehemaliger DDR-Bürger mit Verwandten und Bekannten aus der DDR im sozialistischen Ausland, vor allem in der CSSR. Im Zeitraum vom 1.10.1981 bis 31.3.1982 wurden der ZKG über die Abteilung X des MfS 110 Informationen der befreundeten Sicherheitsorgane [...] übergeben. Operativen Erkenntnissen zufolge ist die Zahl der tatsächlich stattgefundenen Treffen weitaus höher."[105]

Die beträchtliche Aufgabenerweiterung der ZKG durch den Befehl 6/77 schlug sich auch in Strukturveränderungen nieder. Der Bereich "Koordinierung" wurde aufgeteilt in die Bereiche "Koordinierung I" (Ausreise) und "Koordinierung II" (Flucht). Im Jahre 1979 erfolgte eine generelle Umwandlung in Abteilungen und Referate. Der Aufgabenbereich "Koordinierung I" wurde zur Abteilung 1. Die Leitung übernahm Oberstleutnant Flader, der bereits im Frühjahr 1977 "in Durchsetzung des Befehls Nr. 6/77" mit der Leitung des Bereiches "Koordinierung I" beauftragte worden war.[106] Aus dem Bereich "Koordinierung II" entstand die Abteilung 2, in der Oberstleutnant Rudolf Dorfmeister eingesetzt wurde.[107] Im Range eines Majors hatte er bereits seit Januar 1977 kommissarisch den Bereich "Koordinierung II" geführt. Dorfmeister hatte sich für sein neues Aufgabengebiet als Leiter einer Operativgruppe des MfS in der CSSR (1965 bis 1971) qualifiziert.[108] Der Leiter des ursprünglichen Bereiches "Koordinierung", Hauptmann Köpp, wurde ab 1978 wieder in der Arbeitsgruppe des 1. Stellvertreters des Ministers eingesetzt.[109]

Der bis Frühjahr 1977 von Oberstleutnant Flader geleitete Bereich "Auswertung und Information" wurde 1979 zunächst in die Abteilung 3, später in die Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG) der ZKG umgewandelt (seit dieser Zeit entfiel bei der ZKG die Abteilung 3). Eine von der ZKG erarbeitete Vorlage über die Aufgaben und die Struktur der AKG wurde vom Minister am 25. Januar 1980 bestätigt.[110] Die Bedeutung der AKG im

---

105 Information der ZKG vom 14. Mai 1982 über Rückverbindungen ehemaliger DDR-Bürger, die unter Mißbrauch des Territoriums sozialistischer Länder aufrechterhalten werden; BStU, ZA, ZKG 2088, Bl. 8.

106 Vorschlag zur Auszeichnung mit dem "Kampforden für Verdienste um Volk und Vaterland" in Bronze vom 4.10.1977; BStU, ZA, KS 28694/80, Bl. 82.

107 Vorschlag zur Versetzung vom 4.1.1977; BStU, ZA, KS 26978, Bl. 98.

108 Ebenda, Bl. 95.

109 Vorschlag zur Versetzung vom 18.8.1978; ebenda, Bl. 140. Vgl. auch Kapitel 2.2.

110 Aktenvermerk ZKG vom 10.3.1980; BStU, ZA, ZKG 2013 (ohne Seitenangabe).

Rahmen der ZKG schlug sich zum damaligen Zeitpunkt insbesondere in der vorgesehenen Mitarbeiterzahl nieder. Er entsprach einem Anteil von über 30 Prozent.[111]

Mit der Leitung der AKG wurde Oberstleutnant Heinz Friedrich[112] beauftragt, der 1977 Flader als Leiter des Bereiches "Auswertung und Information" ablöste. Friedrich (Jg. 1939) kam im Frühjahr 1976 zur ZKG und wurde zunächst als Offizier für Sonderaufgaben eingesetzt. Zuvor war er an der MfS-Hochschule in Potsdam als Assistent in der Sektion Politisch-operative Spezialdisziplin, Lehrstuhl III ("Politisch-operative Leitungswissenschaft") tätig gewesen.[113]

Die sich aus dem Befehl 6/77 ergebende Verstärkung der "Westarbeit" führte ebenfalls zum Aufbau eines neuen Bereiches, der sich zunächst auf Fahndungsaufträge "im und nach dem Operationsgebiet" spezialisierte.[114] Diese Fahndungen zielten auf der Grundlage der Befehle 1/75 und 6/77 unter anderem auch auf die Koordinierung von Reisesperren.[115] Mit der Bildung des Bereiches wurde Oberstleutnant Manfred Nothing beauftragt, der im August 1977 als 1. Stellvertreter des Leiters zur ZKG kam.[116] Nach der Umwandlung in die Abteilung 4 im Jahre 1979 bestand ihr Arbeitsschwerpunkt in der Schaffung einer Gruppe von Führungs-IM (FIM) in der Bundesrepublik. Als Leiter der Abteilung fungierte Oberstleutnant Heinz Heß (Jg. 1924).[117] Er war seit 1954 beim MfS und hatte vor seinem Einsatz bei der ZKG als Offizier für Sonderaufgaben (seit Januar 1977) als Leiter des Stabes bei der Abteilung XIII (Zentrale Rechenstation) gewirkt.

Parallel zu dieser Strukturreform erhöhte sich die Personalstärke von 1976 auf 1977 um 32 neue Mitarbeiter. Im Jahre 1979 wurde aufgrund des "enorm anwachsenden Umfanges der Aufgaben" für die ZKG ein nochmaliger "Erweiterungsbedarf" von 15 Planstellen gefordert.[118] Tatsächlich aber erhöhte sich die Mitarbeiterzahl 1980 um weitere 20 auf insgesamt 96 Mitarbeiter. Ende 1982 betrug sie 108 Mitarbeiter.[119] Damit waren die bewilligten 106 Planstellen erstmals überschritten.[120] Die Personalstärke der Diensteinheit lag

---

[111] Vgl. Anhang, Tabelle 1.

[112] BStU, ZA, Kaderstammkarte.

[113] Ebenda.

[114] So zu entnehmen aus der Begründung eines Vorschlages zur Beförderung von OSL Manfred Nothing zum Oberst vom 6.6.1978; BStU, ZA, KS 24291/90, Bl. 82.

[115] Dienstanweisung 2/82 Einleitung und Realisierung von Fahndungen im Reiseverkehr über die Staatsgrenzen der DDR vom 17.11.1982, S. 78; BStU, ZA, DSt 102895.

[116] Vgl. Kapitel 2.2.

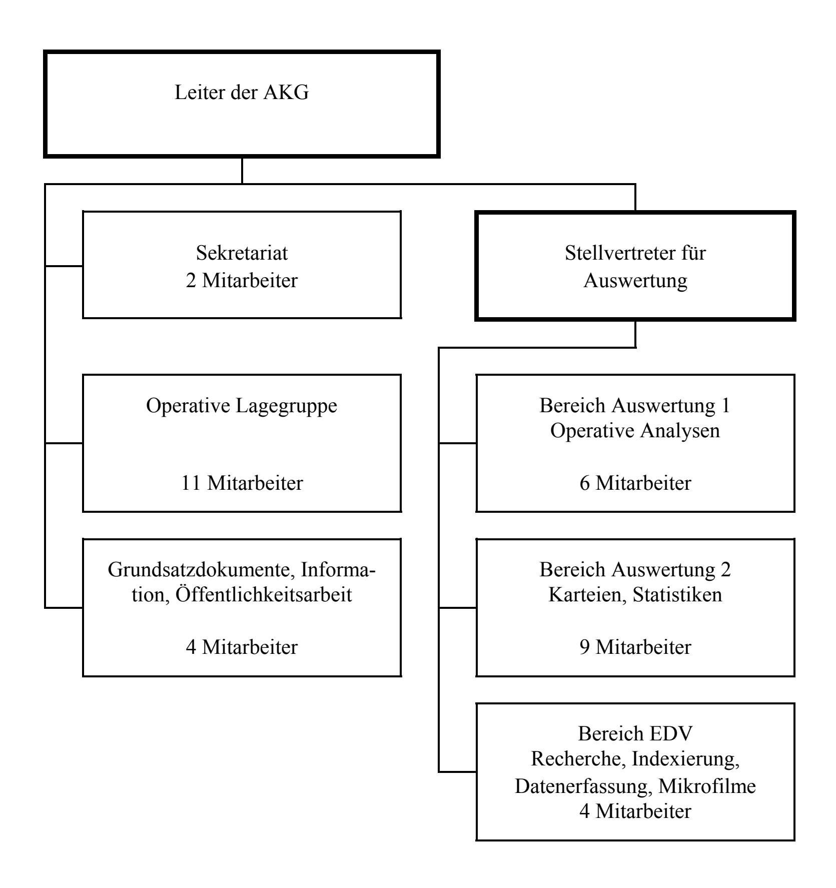
[117] Ausgewiesen als Leiter in einem Schreiben der ZKG vom 14.3.1980; BStU, ZA, ZKG 2095. Seit Sommer 1979 als Berichterstatter der Abteilung 3 im Rahmen der Leitungsberatungen der ZKG; BStU, ZA, ZKG 94, Bl. 37 ff.

[118] Schreiben der HA KuSch vom 18.5.1978; BStU, ZA, HA KuSch, unerschlossenes Material, Bündel 122.

[119] Vgl. Anhang, Tabelle 1.

[120] Ebenda.

Die Auswertungs- und Kontrollgruppe der ZKG 1980[121]



[121] Schreiben der ZKG vom 29.10.1979 über Aufgaben und Struktur der AKG; BStU, ZA, ZKG 2013, Anlage 1.

jedoch noch unter dem ursprünglich bestätigten Plan von 1980, der 129 Stellen vorgesehen hatte, aber aufgrund von Sperrmaßnahmen des MfS anschließend wieder reduziert worden war.[122] Welchen Problemen die ZKG bei der Auffüllung ihres Mitarbeiterbestandes gegenüberstand, belegt ein Bericht der HA Kader und Schulung vom Oktober 1980. Danach waren von 29 Leiterstellen nur 18 besetzt. Die noch offenen Planstellen verteilten sich auf die Stelle eines Referatsleiters (von sieben waren sechs besetzt) sowie auf acht Stellvertreterpositionen (drei von vier Abteilungsleitern und fünf von sechs Referatsleitern). Das Durchschnittsalter der leitenden Kader der ZKG lag damals bei 42,4 Jahre.[123]

Bei den BKG verlief die Entwicklung ähnlich. Auch sie konnten bis 1981 die bewilligten Planstellen nicht vollständig besetzen. Hier fand der sprunghafte Personalanstieg auf insgesamt 150 Mitarbeiter erst in den Jahren 1981/82 statt - leicht versetzt zur Entwicklung in der ZKG.[124]

Infolge der Erkrankung von Oberst Woythe erfolgte im Frühjahr 1983 ein personeller Wechsel in der Führungsspitze. Mit der Leitung der ZKG wurde jedoch nicht einer der beiden Stellvertreter (Eichler und Nothing), sondern als "Seiteneinsteiger" Oberst Gerhard Niebling berufen.[125] Oberst Woythe schied wegen "dauernder Dienstuntauglichkeit" im Alter von 62 Jahren zum 30. Juni 1984 aus dem aktiven Dienst des MfS aus.[126]

Das Dienstalter der 110 Mitarbeiter, die im Frühjahr 1983 bei der ZKG beschäftigt waren, staffelte sich wie folgt:[127]

Dienstalter	Zahl der Mitarbeiter
bis 5 Jahre	7
bis 10 Jahre	23
bis 15 Jahre	31
bis 20 Jahre	19
über 20 Jahre	30

Über einen Hochschulabschluß verfügten 32 und über einen Fachschulabschluß 21 Mitarbeiter, was insgesamt einem Anteil von rund 48 Prozent entsprach.[128] Die Kaderunterlagen verweisen fast durchgehend auf Studienabschlüsse an der MfS-Hochschule in Potsdam.

---

[122] Vgl. Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (Anatomie der Staatssicherheit, MfS-Handbuch), hrsg. vom BStU, Abteilung Bildung und Forschung, Berlin 1995.

[123] Schreiben der HA KuSch vom 1.10.1980; BStU, ZA, unerschlossenes Material, Bündel 122.

[124] Ebenda.

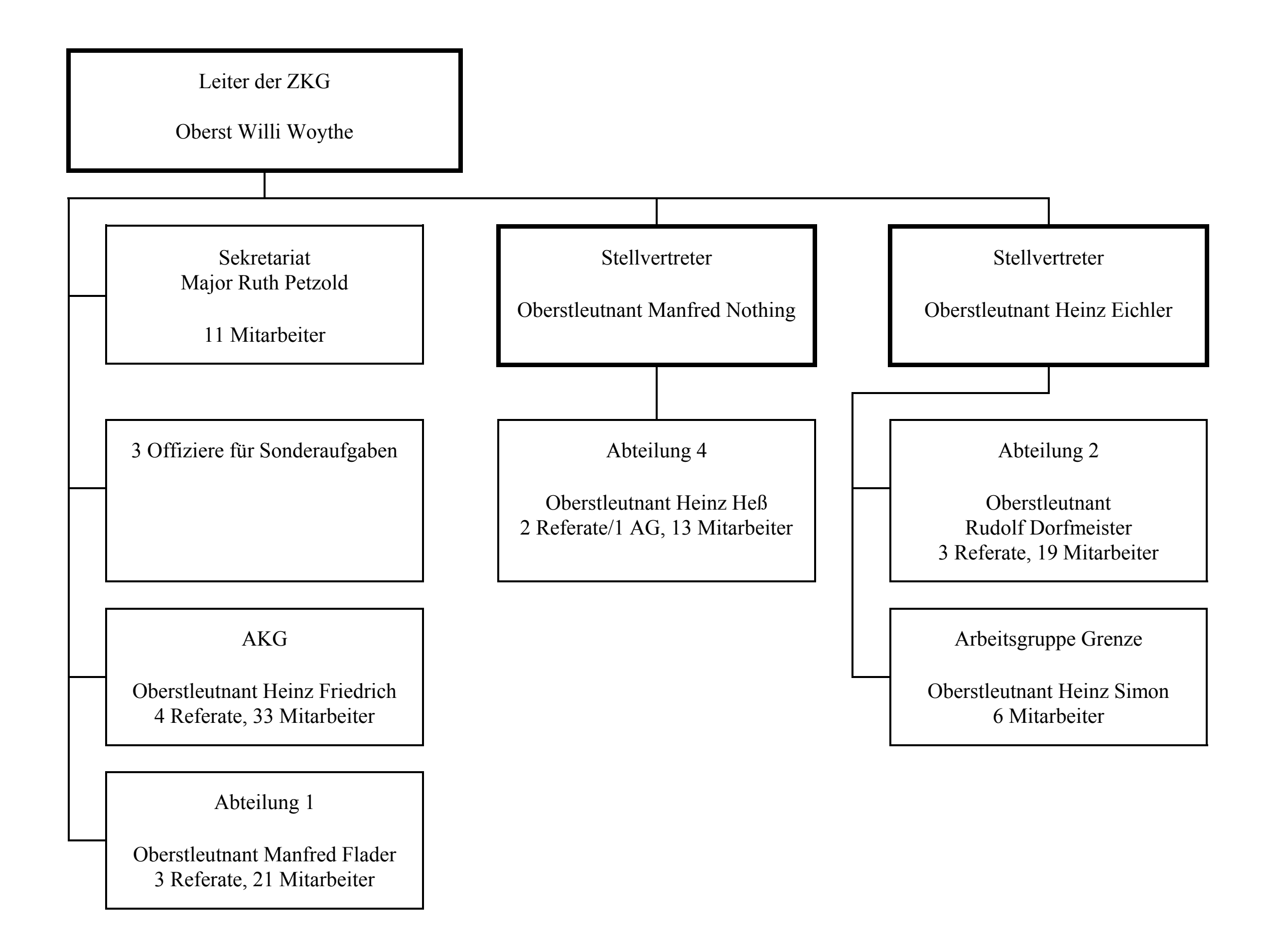
[125] Vgl. Kapitel 2.2.

[126] Vorschlag zur Entlassung vom 17.4.1984, S. 1; BStU, ZA, Disz. 6948/92.

[127] Schreiben der ZKG vom 21.3.1983, S. 1; BStU, ZA, ZKG 3509.

[128] Ebenda.

Die Zentrale Koordinierungsgruppe 1983[129]



---

129 Schreiben der ZKG vom 21.3.1983; BStU, ZA, ZKG 3509, Bl. 2 f.

3.2.2. Der Weg in die Sackgasse: Vom Sommer 1983 bis Oktober 1989

Vom Sommer 1983 bis Oktober 1989 erfuhr die Rolle der ZKG/BKG sowohl bei der "Bekämpfung" der Ausreise- als auch der Fluchtbewegung eine weitere Aufwertung. Den immer bedrohlicher gewordenen Ausreisetendenzen versuchten der SED-Staat und das MfS durch neue Grundsatzregelungen und Entscheidungen Herr zu werden. 1983 wurde der Befehl 6/77 durch die Dienstanweisung 2/83 vom 13. Oktober abgelöst. Sie trug den Titel: "Zur Unterbindung und Zurückdrängung von Versuchen von Bürgern der DDR, die Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin zu erreichen, sowie für die vorbeugende Verhinderung, Aufklärung und wirksame Bekämpfung damit im Zusammenhang stehender feindlich-negativer Handlungen."[130] Den juristischen Hintergrund für diese Dienstanweisung bildeten die "Verordnung zur Regelung von Fragen der Familienzusammenführung und der Eheschließung zwischen Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik und Ausländern"[131] vom 15. September 1983 sowie die darauf beruhende Verfügung 143/83 des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR vom 27. September 1983 "zur Gewährleistung des einheitlichen, abgestimmten Vorgehens" zur "Unterbindung und Zurückdrängung" von Antragstellern auf Übersiedlung.[132] Mit der Verordnung vom September 1983 erhielt die bis dahin praktizierte Familienzusammenführung aus "humanitären Gründen" in der DDR erstmals eine Rechtsgrundlage (allerdings nur als "Kann"-Regelung). Sie lief unter dem Begriff "Wohnsitzänderung nach dem Ausland" und war eine Reaktion auf den zunehmenden politischen Druck auf die DDR, der von der KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid ausging. Dies veranlaßte Mielke im April 1984 zu folgenden Ausführungen:

> "Die vom Gegner erzielten Wirkungen unter einem Teil von Bürgern der DDR nach Abschluß der Madrider Konferenz finden ihren Ausdruck u.a. in einer erneuten Zunahme von Erstersuchenden auf Übersiedlung vor allem nach der BRD und Westberlin sowie im hartnäckigen Beharren auf diesbezügliche Ersuchen [...]. Bei allen am Prozeß der Unterbindung und Zurückdrängung Beteiligten muß volle politisch-ideologische Klarheit darüber geschaffen werden, daß es dem Gegner um die Auslösung einer Massenbewegung [...] geht; Unruhe und Unsicherheit unter der Bevölkerung der DDR hervorzurufen, der DDR politischen und materiellen Schaden zuzu-

---

[130] BStU, ZA, DSt 102977.

[131] Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 26, S. 253-55.

[132] Verfügung 143/83 des Vorsitzenden des Ministerrates vom 27.9.1983 zur Gewährleistung des einheitlichen, abgestimmten Vorgehens der staatlichen Organe, Kombinate, Betriebe, Einrichtungen und Genossenschaften in Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen Organisationen zur Unterbindung und Zurückdrängung von Versuchen von Bürgern der DDR, die Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin zu erreichen; BStU, ZA, DSt 102977.

> fügen, den Sozialismus zu diskreditieren und die weitere erfolgreiche Verwirklichung der Beschlüsse des X. Parteitages zu stören."[133]

Mielke erließ seine Dienstanweisung 2/83 vor dem Hintergrund dieser Entwicklungstendenz und reagierte so mit einer Stärkung der Rolle der ZKG/BKG. Lag das Gewicht des Befehls 6/77 noch auf der anleitenden, kontrollierenden und koordinierenden Funktion, so wurde nun der ZKG/BKG die "Federführung" bei "der vorbeugenden Verhinderung, Aufklärung und wirksamen Bekämpfung feindlich-negativer Handlungen im Zusammenhang mit Versuchen zur Erreichung von Übersiedlungen" übertragen.[134] Dies bedeutete eine verstärkte direkte "operative Bearbeitung festgelegter feindlicher Zentren und Organisationen sowie feindlicher Einzelpersonen in Zentralen Operativen Vorgängen und Operativen Vorgängen"[135] durch die ZKG und schloß eine "enge" und "ständige" Zusammenarbeit der ZKG/BKG mit der Hauptabteilung XX und deren Abteilungen auf Bezirksebene ein. Hinzu kam die Übernahme der Verantwortung "für den Prozeß des Prüfungs- und Entscheidungsverfahrens" bei dauerhaften Ausreisen aus "politisch-operativen Gründen sowie aus anderem staatlichen Interesse"[136] (u.a. Freikauf politischer Häftlinge und Wunschliste bundesdeutscher Politiker).

Die verstärkte Einbindung der ZKG in die direkte Bearbeitung von "Feindorganisationen" war offensichtlich das Resultat vorangegangener Untersuchungen. So wurde in einem ZKG-Bericht, der die Ergebnisse eines im April und Mai 1979 durchgeführten Kontrolleinsatzes zur Überprüfung der Umsetzung der Befehle 1/75 und 6/77 im Verantwortungsbereich der BV Gera festhielt, kritisch hervorgehoben, daß die operative Arbeit "nicht zielgerichtet und offensiv auf die Feindorganisationen", sondern "einseitig" auf die Bürger der DDR ausgerichtet sei. Der Abteilung VII der BV Gera wurde insbesondere die Vernachlässigung der Bearbeitung der IGfM angelastet.[137] In der Jahresanalyse 1979 forderte man eine generelle Korrektur bei der "Bekämpfung der Feindorganisationen". "Die Gesamtverantwortung der ZKG", so hieß es, sei "stärker als bisher auf die planmäßige und zielstrebige Bearbeitung der ZOV und der zugeordneten Teilvorgänge und Operativvor-

---

[133] Anlage zum Schreiben des Ministers vom 12.4.1984: Hinweise zur weiteren Erhöhung der gesamtgesellschaftlichen Wirksamkeit im Prozeß der offensiven Unterbindung und Zurückdrängung weiterer Versuche von Bürgern der DDR zur Erreichung der Übersiedlung in das nichtsozialistische Ausland, S. 4 f.; BStU, ZA, DSt 103043.

[134] Dienstanweisung 2/83 vom 13.10.1983, S. 8; BStU, ZA, DSt 102977.

[135] Ebenda, S. 39.

[136] Vorschläge für die Ausgestaltung der Zusammenarbeit der ZKG und der HA VII zur weiteren Qualifizierung der Unterbindung und Zurückdrängung von Übersiedlungsversuchen vom 27.8.1984, S. 2; BStU, ZA, DSt 108082.

[137] Bericht über die Ergebnisse des Kontrolleinsatzes der ZKG zum Stand und zur Wirksamkeit der Durchsetzung der Befehle 1/75 und 6/75 des Ministers in der Bezirksverwaltung Gera vom 23.7.1979; BStU, ZA, ZKG 2102.

gänge zu konzentrieren".[138] Tadelnde Worte fand auch der Stellvertreter des Ministers, Gerhard Neiber, auf einer zentralen Dienstkonferenz im Januar 1980: "Beispiele wie die zu späte Aufnahme der aktiven politisch-operativen Bearbeitung der Feindorganisation 'Hilferufe von drüben e.V.' Lippstadt in einem ZOV, darf es nicht wieder geben."[139] Sie belegen, daß auch die ZKG von Kritik nicht verschont blieb.

Mit Wirkung vom 1. November 1983 übernahm die ZKG "im Interesse einer effektiveren Lösung" von der HA VII die Federführung für die operative Bearbeitung der IGfM.[140] Zugleich wurden die Spezialisten der HA VII zur ZKG versetzt, deren Personalbestand um weitere 14 Planstellen auf insgesamt 124 anstieg.[141] Der zum gleichen Zeitpunkt neugebildeten Abteilung 5 wurde die Bearbeitung der IGfM im ZOV "Zentrale" übertragen. Zudem übernahm sie von der Abteilung 2 die Bearbeitung des Vereins "Hilferufe von drüben". Damit lag die Verantwortung für die aus der MfS-Perspektive gefährlichsten Organisationen erstmals in einer Hand. Die Leitung der Abteilung 5 übernahm Oberstleutnant Armin Ullmann, der zuvor die Abteilung 5 der HA VII geleitet hatte.[142] Des weiteren übernahm die ZKG von der HA VII das für die beiden Aufnahmelager Gießen und Berlin-Marienfelde zuständige Sachgebiet samt Mitarbeitern; sie wurden der Abteilung 4 der ZKG angegliedert. Der Personalbestand der ZKG erhöhte sich damit 1984 auf insgesamt 133 Mitarbeiter.[143]

In den direkten Verantwortungsbereich der ZKG fiel auch die Bearbeitung von zwei neu ausgemachten "Feindorganisationen". Bei der einen handelte es sich um die "Feindperson Klump", die auf der Grundlage des sogenannten Verfahrens 1503 seit 1980 als Beschwerdeführerin bei der UNO auftrat.[144] Auf Wunsch von Betroffenen übermittelte Frau Klump an die UNO Namenslisten von Bürgern der DDR, die bis dahin vergeblich ihre dauerhafte Ausreise aus der DDR betrieben. Im anderen Fall handelte es sich um den 1985 in West-Berlin gegründeten "Verband ehemaliger DDR-Bürger e.V.". Gegen beide leitete die ZKG Operative Vorgänge ein. Die Schriftstellerin Brigitte Klump wurde unter dem Decknamen

---

[138] Jahresanalyse der ZKG für das Jahr 1979 vom 8.11.1979, S. 57; BStU, ZA, ZKG 2167.

[139] Arbeitsmaterial: Auszüge aus dem Referat und Schlußwort des Stellvertreters des Ministers, Gerhard Neiber, auf der zentralen Dienstkonferenz am 22./23.1.1980, aus denen sich wesentliche Aufgabenstellungen für die ZKG und BKG ergeben, S. 16; BStU, ZA, ZKG 2104.

[140] Schreiben des Stellvertreters des Ministers an die Leiter aller Diensteinheiten vom 23.11.1983; BStU, ZA, DSt 102987.

[141] Schreiben der HA KuSch vom 14.11.1983; BStU, ZA, HA KuSch, unerschlossenes Material, Bündel 122.

[142] Vgl. Kapitel 2.2.

[143] Schreiben der ZKG vom 18.1.1987 zum vorläufigen Struktur- und Stellenplan der ZKG, S. 273; BStU, ZA, ZKG, unerschlossenes Material, Bündel 517.

[144] Das Verfahren 1503 ermöglichte Privatpersonen, bei groben Menschenrechtsverletzungen eine Sammelpetition an die UNO-Menschenrechtskommission zu richten. Vgl. Wochenpost vom 30.3.1995, S. 46.

"Kloster" und der Verband ehemaliger DDR-Bürger unter dem Decknamen "Polyp" bearbeitet. Außerdem übernahm die ZKG die Bearbeitung der Westberliner "Arbeitsgruppe für Menschenrechte e.V." (ZOV "Wühler").

Die enge Zusammenarbeit der ZKG mit der Hauptabteilung XX war wohl eine Konsequenz der wachsenden Zusammenarbeit von Ausreisewilligen mit der unabhängigen Friedensbewegung, die seit Frühjahr 1982 einer Repressionsoffensive des SED-Staates ausgeliefert war. Mielkes Dienstanweisung 2/85 vom Februar 1985, die sich speziell mit der "vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit" (PUT) befaßte,[145] forderte von der ZKG ausdrücklich die "Anleitung und Unterstützung" der operativ tätigen MfS-Diensteinheiten, wenn ein "personeller und sachlicher Zusammenhang" zwischen der Flucht- und Ausreisebewegung mit Erscheinungsformen der PUT zu erkennen war.[146] Im Sommer 1986 sprach ein Bericht, den die ZKG anläßlich einer "Zentralen Parteiaktivtagung" erstellte, "von den engen Berührungspunkten zwischen Versuchen zur Erreichung der Übersiedlung und Erscheinungen bzw. Auswirkungen der PUT als zwei Seiten des feindlichen Vorgehens zur Destabilisierung der inneren Verhältnisse der DDR im Rahmen der Konfrontationsstrategie".[147]

Die Zuständigkeit der ZKG bei Ausreisen, die "aus politisch-operativen Gründen und aus anderem staatlichen Interesse" genehmigt wurden, hatte sowohl eine deutlichere Abgrenzung zur Aufgabenstellung gegenüber dem MdI als auch eine Verschärfung der Vorgaben zur Folge. So verlangte die ZKG 1984 in einer "Orientierung", daß in jedem Einzelfall exakt geprüft werden müsse, ob keine andere Lösung möglich sei und ob die Kosten-/ Nutzenrechnung zugunsten der DDR ausfalle. Gemeint war damit eine Bilanzierung in "Hinblick auf innere Stabilität und auch im Hinblick auf das internationale Ansehen der DDR" wie hinsichtlich des "Aufwands an politisch-operativer und allgemein-gesellschaftlicher Zeit und Kraft zur Kontrolle der Person". Ohne entsprechende Beweisführung sollten Vorschläge der MfS-Kreisdienststellen zur Bewilligung von Ausreisen von den BKG zurückgewiesen werden. Die ZKG berief sich in diesem Zusammenhang auf die "Vollmacht des Ministers", derartige Vorschläge nicht mehr zu bestätigen, und verwies darauf, daß Ausreisen aus den genannten Gründen "alleinige Sache der Staatssicherheit" seien.[148]

---

[145] Dienstanweisung 2/85; BStU, ZA, DSt 103138.

[146] Ebenda, S. 34 f.

[147] Bericht der ZKG über die Aufgaben der ZKG/BKG in Auswertung der Zentralen Parteiaktivtagung vom 21.7.1986, S. 31; BStU, ZA, ZKG 1791.

[148] Orientierung zur Anwendung strenger Maßstäbe bei Übersiedlungen aus politisch-operativen Gründen sowie anderem staatlichen Interesse vom Juni 1984, S. 2 und 10; BStU, ZA, ZKG 2097.

Die Entscheidungen in Ausreisefällen wurden von der ZKG nach wie vor in Abstimmung mit dem Stellvertreter des Ministers, Gerhard Neiber, gefällt. In Sonderfällen bedurfte es der Zustimmung Mielkes. Das letzte Wort für die Ausreise von Bürgern der DDR behielt sich schließlich Erich Honecker vor. Die auf zentralen Listen zusammengestellten Fälle[149] wurden über Egon Krenz (Sekretär für Sicherheitsfragen des ZK) Generalsekretär Honekker zur Kenntnis gebracht und von diesem letztlich mit einer Einverständniserklärung abgesegnet.[150] Allein im Jahre 1985 gingen der ZKG Bewilligungsvorschläge aus "politisch-operativen Gründen" zu 12.791 Personen zur weiteren Bearbeitung zu.[151] Für die praktische Realisierung der Ausreise blieb allerdings das MdI und damit auf der Seite des MfS die HA VII verantwortlich. Das Verfahren sollte gewährleisten, "die richtigen Personen zum richtigen Zeitpunkt gehen zu lassen, bevor sie uns politischen Schaden zufügen können".[152]

Als "bewährte" Instrumente zur "Zurückdrängung" von Ausreisewilligen bezeichnete die ZKG sowohl ihre Anleitungstätigkeit im Rahmen durchgeführter Arbeitskonferenzen und Seminare mit den Beauftragten von Ministern, Kombinaten, Betrieben und anderen Einrichtungen als auch die direkte und indirekte Mitwirkung in verschiedenen Gremien, so beispielsweise in sogenannten Führungsgruppen beim 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, in "Parteikommissionen" und "Kommissionen Übersiedlungsfragen" auf der Bezirksebene sowie in "Kreiskoordinierungsgruppen" und "Arbeitsgruppen" auf der örtlichen Ebene. Wie Berichten der ZKG und der HA VII vom Frühjahr 1985 über stattgefundene Arbeitskonferenzen der "Organe Abteilung Inneres" zu entnehmen, erreichte die ZKG auf diesem Wege über 2.000 Funktionäre "direkt": darunter 1.157 aus den Bereichen Inneres, 772 von der DVP, 285 vom MfS, 48 von Bezirks- und Kreisleitungen der SED und 3 von der Staatsanwaltschaft.[153]

Zu den Aufgaben der ZKG gehörte es darüber hinaus, in Regionen mit einer überdurchschnittlich hohen Zahl von Antragstellern zur Unterstützung der BKG und in Abstimmung mit den Leitern der Bezirksverwaltungen direkt anleitend tätig zu werden. So standen im

---

[149] Übersicht der ZKG vom 15.3.1983 bis 4.8.1983; BStU, ZA, Sekretariat Neiber, Bl. 89 Rückseite.

[150] Hausmitteilung (ZK der SED) von Egon Krenz an Erich Honecker vom 30.4.1986; SAPMO-BA, ZPA, IV 2/2.039/308, Bl. 18.

[151] Ergänzung der ZKG zur Lageeinschätzung für das Jahr 1985 vom 3.2.1986; BStU, ZA, ZKG 2092, Bl. 18.

[152] Thesen der Abteilung 1 der ZKG für einen Diskussionsbeitrag auf den Bezirkskonferenzen über den Erfahrungsaustausch im Zurückdrängungsprozeß gegen Übersiedlungsersuchende vom 30.10.1985, S. 6; BStU, ZA, ZKG, unerschlossenes Material, Bündel 588.

[153] Thesen der ZKG für den Abschlußbericht zu den Arbeitskonferenzen der Organe für Innere Angelegenheiten in allen Bezirken und Information der HA VII über die Ergebnisse der zentral angewiesenen Arbeitskonferenzen; beide vom 17.4.1985, S. 1 f.; BStU, ZA, ZKG, unerschlossenes Material, Bündel 588.

November 1984 Einsätze der obersten Leitungsebene der ZKG in neun Bezirken auf dem Programm. Sie sahen unter anderem Beratungen mit "Beauftragten für die Zurückdrängung" von Übersiedlungswilligen in Betrieben, Verwaltungen und Institutionen vor.[154] Auch die in "bewährter" Zusammenarbeit mit der MfS-Hochschule, der Humboldt-Universität und der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft Potsdam erstellten "Argumentations- und Schulungsmaterialien" zählten zum Katalog der Anleitungspflichten der ZKG.[155]

Den Hintergrund für diese verstärkten Bemühungen der direkten Einwirkung auf den gesellschaftlichen Bereich bildeten Erkenntnisse der ZKG/BKG, die den staatlichen Leitern in ihrem Umgang mit Ausreisewilligen kein gutes Zeugnis ausstellten. Erfolge wurden "vor allem" dem Wirken der Offiziere im besonderen Einsatz (OibE) bei den Abteilungen Innere Angelegenheiten zugeschrieben. Über sie sei garantiert, daß die Einflußnahme des MfS auf alle gesellschaftlichen Verantwortungsträger "vollinhaltlich gewährleistet"[156] sei. Den Leitern von Betrieben und anderen Einrichtungen wurde hingegen der Vorwurf gemacht, daß sie "ihrer persönlichen Verantwortung für die konsequente und offensive Durchsetzung aller erforderlichen Maßnahmen zur Unterbindung rechtswidriger Übersiedlungsersuchen nicht bzw. ungenügend" nachkämen, und daß sie statt dessen die Verantwortung "auf die unteren Ebenen verlagern" würden, die ihrerseits wiederum vor politischen Auseinandersetzungen zurückwichen und die "Zurückdrängung" zur Sache der "Sicherheits- und Schutzorgane der DDR" erklärten.[157] In dieser Sache wurden offensichtlich selbst Parteiaufträge ignoriert. So reagierten beispielsweise im Jahre 1986 von zwölf ausgewählten Betrieben in Dresden, die Mitarbeiter zur Unterstützung der Abteilung Inneres bei der Zurückdrängung von Antragstellern gewinnen sollten, lediglich neun. Nur einer gab eine Zusage.[158] Unter Dauerkritik standen die Betriebe und Kombinate auch wegen ihrer häufig unsachgemäßen Reaktion auf "das Bekanntwerden von Übersiedlungsabsichten". In solchen Fällen, so tadelten die Autoren einer MfS-internen Schulungsschrift von 1985, sollten "entsprechend den Orientierungen unserer Partei, stets die Rückgewinnung" und "nicht wie häufig noch anzutreffen, die 'Disziplinierung' bzw. sogar die 'Bestrafung'" der Antragsteller im Vordergrund stehen.[159] Dieser Grundsatz resultiere aus

---

[154] Plan für den Einsatz leitender Mitarbeiter der ZKG in Schwerpunktbezirken vom 9.11.1984, S. 1 ff.; BStU, ZA, ZKG, unerschlossenes Material, Bündel 588.

[155] Lageeinschätzung der ZKG für die Jahresplanung 1987 vom Oktober 1986; BStU, ZA, ZKG 2094, Bl. 37.

[156] Ebenda, Bl. 43.

[157] Jahresanalyse der ZKG für das Jahr 1979 vom 8.11.1979, S. 37; BStU, ZA, ZKG 2167.

[158] Lageeinschätzung der ZKG für die Jahresplanung 1987 vom Oktober 1986; BStU, ZA, ZKG 2094, Bl. 36.

[159] Studienmaterial eines "Forschungskollektivs" der JHS vom April 1985 über die politisch-operativen Aufgaben des MfS zur vorbeugenden Verhinderung und offensiven Bekämpfung feindlicher und

der Erfahrung, daß so behandelte Bürger "immer mehr in die Isolation" gerieten, sich "Gleichgesinnten" anschließen und immer hartnäckiger in Erscheinung treten würden.[160]

Trotz aller Bemühungen des MfS erhöhte sich kontinuierlich die Zahl der Ausreiseantragsteller und deren Bereitschaft, ihre Anliegen offensiv zu vertreten. Laut Jahresanalysen der ZKG stieg die Zahl der Antragsteller, die im Zusammenhang mit ihrem Ausreisebegehren Schreiben an "führende Persönlichkeiten der DDR" richteten, von rund 28.000 im Jahre 1985 auf 30.000 im Jahre 1986. In ihren Analysen beklagte die ZKG auch den Anstieg selbstgewählter Kündigungen von Antragstellern. Sie führte diese Entwicklung unter anderem auf die damit verbundenen Versuche zurück, sich - unter Inkaufnahme einer unterqualifizierten Arbeit (u.a. in kirchlichen, genossenschaftlichen oder privaten Bereichen) - der weiteren staatlichen Kontrolle und Beeinflussung zu entziehen. Diesen Weg beschritten 1986 insgesamt 3.807 Personen.[161]

Zu dieser Entwicklung trug nicht zuletzt die zunehmende Bedeutung der "Rückverbindungen" bei. Bereits Mielkes Dienstanweisung 2/83 hatte dies insofern bedacht, als sie diesem Punkt ein ganzes Kapitel einräumte. Dennoch entschieden sich SED und MfS im Frühjahr 1984 zu einer vergleichsweise weiten Öffnung des Ausreiseventils. Davon profitierten nach Angaben der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS vom 21. Januar bis zum 28. April 1984 rund 21.000 Personen, die zu "Feinden, kriminellen Elementen u.a. Unverbesserlichen" erklärt und "im beschleunigten Verfahren" aus der Staatsbürgerschaft der DDR entbunden und in den Westen entlassen wurden.[162] Offensichtlich hielt man den aufgestauten Unmut der Antragsteller (einschließlich der Gefahren von Botschaftsbesetzungen) für gefährlicher als die durch diese Ausreisewelle neu entstandenen "Rückverbindungen". Jedoch das Ziel der Maßnahme, Druck abzulassen und eine Trendwende bei den Ausreisetendenzen zu erreichen, schlug ins Gegenteil um. Noch im gleichen Jahr explodierte - offensichtlich von diesem Vorgang angeheizt - die Zahl der Erstantragsteller auf über 50.000; sie konnte in den Folgejahren nie mehr auf den Stand vor 1984 zurückgeführt werden.[163]

Auch die "Rückverbindungen" über die Ostblockstaaten gewannen weiter an Gewicht. So beklagte die ZKG 1986 deren "Reaktivierung" in einer großen Anzahl von Rückverbin-

---

anderer politisch-operativ relevanter Handlungen im Zusammenhang mit Versuchen von Bürgern der DDR, die Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin zu erreichen, S. 71; BStU, ZA, ZKG 1646.

160 Ebenda, S. 78.

161 Ergänzung der ZKG zur Lageeinschätzung für die Jahresplanung 1987 vom Januar 1987; BStU, ZA, ZKG 7725, Bl. 84.

162 Wochenübersicht der ZAIG vom 28.5.1984, Anlage 1; BStU, ZA, Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (künftig: ZAIG) 4534, Bl. 95.

163 Vgl. Tabelle 3.

dungen, die sich unter anderem "in massiven Treffen in anderen sozialistischen Staaten" niederschlugen.[164] Hieraus wurde die Notwendigkeit einer komplexen Bearbeitung der "Rückverbindungen" abgeleitet:

> "Zu ehemaligen Bürgern, die im Verdacht der Feindtätigkeit stehen, ist die operative Bearbeitung aufzunehmen, die differenzierte Maßnahmen sowohl im Operationsgebiet als auch im sozialistischen Ausland und in der DDR zu bestehenden Rückverbindungen umfassen muß."[165]

Offensichtlich auch als Folge sich häufender Botschaftsbesetzungen (vor allem der bundesdeutschen Botschaft in Prag)[166] zielten die Bemühungen der ZKG/BKG im Ostblock auf einen forcierten Ausbau der Kooperationsbeziehungen mit den "Bruderorganen".

Vor diesem Hintergrund ist der 1986 erfolgte Aufbau der "Arbeitsgruppe Sozialistisches Ausland" innerhalb der ZKG zu sehen[167], der unter der Leitung von Oberstleutnant Max Pfeiffer erfolgte.[168] Diese Gruppe hatte die Zusammenarbeit aller Abteilungen der ZKG mit den "Bruderorganen" und den IM-Einsatz in den Ostblockstaaten zu koordinieren.[169] Seit Oktober 1986 ordnete die ZKG einen Mitarbeiter "zur Lösung der spezifischen operativen Aufgaben" ständig in die CSSR ab.[170]

Die Bildung der "Arbeitsgruppe sozialistisches Ausland" (später bezeichnet als "Arbeitsgruppe Verbindung Bruderorgane") entsprach der Tendenz, der ZKG auch hinsichtlich der Fluchtproblematik eine "komplexe Verantwortung" zu übertragen. So war sie nicht mehr nur für die "Qualifizierung der Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Grenzübertritts und bei der Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels" zuständig, sondern - in enger Abstimmung mit den MfS-Bezirksverwaltungen der Grenzbezirke - auch für die "Qualifizierung" der "Vervollkommnung des Systems der Grenzsicherung" (die Verantwortung für die "Vervollkommnung des Systems der Grenzsicherung" blieb jedoch bei der HA VII).[171] Dazu zählten die "Anleitung und Unterstützung" der entsprechenden operativen Diensteinheiten des MfS, die "ständige Ein-

---

164 Zuarbeit der ZKG zum Referat vom 13.8.1986, S. 4; BStU, ZA, ZKG 2210.

165 Bericht über die Aufgaben der ZKG/BKG vom 21.7.1986, S. 28, BStU, ZA, ZKG 1791.

166 Analyse der ZKG über die Durchführung des Valutadienstleistungsplanes 1.1.1985 - 31.1.1986 vom 4.2.1986, S. 1; BStU, ZA, ZKG 2130.

167 Schreiben der ZKG vom 15.1.1987 zum vorläufigen Struktur- und Stellenplan der ZKG, S. 4; BStU, ZA, ZKG, unerschlossenes Material, Bündel 517.

168 Vorschlag vom 29.4.1987; BStU, KS 26283/90, Bl. 146.

169 Vorschlag zur Auszeichnung von OSL Max Pfeiffer mit dem "Kampforden für Verdienste um Volk und Vaterland" in Silber vom 29.4.1987; BStU, ZA, KS 26283/90, Bl. 147.

170 Analyse der ZKG über die Durchführung des Valutadienstleistungsplanes 1986 vom 20.1.1987, S. 1; BStU, ZA, ZKG 2125.

171 Gemeinsamer Vorschlag zur Präzisierung von Verantwortlichkeiten und Aufgaben der HA VII und der ZKG vom 18.7.1984; BStU, ZA, Sekretariat Neiber 208, Bl. 239.

schätzung der politisch-operativen Lage in den Grenzgebieten" (einschließlich "periodischer Gesamteinschätzungen") und die Gewährleistung des notwendigen Informationsflusses.[172]

Das besondere Augenmerk der ZKG richtete sich auf die rechtzeitige Unterbindung "spektakulärer Grenzübertritte".[173] Vor dem Hintergrund verstärkter Fluchttendenzen sahen sich ZKG und die BKG im Sommer 1986 auf dem Weg zu einer "linienspezifischen Verantwortung".[174] Die Zahl der Flüchtlinge (versuchte und gelungene Flucht) war von 1985 bis 1986 von rund 2.200 auf 3.700 Personen gestiegen.[175] Das MfS reagierte auf die steigenden Fluchtzahlen mit Bildung der Abteilung 6 der ZKG ("Grenzsicherung") im Oktober 1985.[176] Sie ging aus der seit Mai 1982 bestehenden "Arbeitsgruppe Grenzsicherung" (AGG) hervor und war im Oktober 1984 durch die Versetzung von Mitarbeitern der HA VII aufgestockt worden.[177] Die Leitung übernahm der bereits mit der Führung der AGG beauftragte Oberstleutnant Heinz Simon.[178]

Einbezogen war die ZKG auch bei der Bearbeitung von Rückkehrwilligen. Das betraf im Einzelfall Bemühungen des MfS, Flüchtlinge (insbesondere Reisekader) zurückzugewinnen, aber auch die Einflußnahme auf Entscheidungen bei Rückkehranträgen, die ehemalige Bürger der DDR an die DDR-Behörden herantrugen. 1986 registrierte das MfS - bezogen auf den Zeitraum Januar 1984 bis Ende April 1985[179] - 543 "Rückkehrwünsche". Diese Zahl steht in einem eklatanten Widerspruch zur Propagandakampagne des Neuen Deutschland vom März 1985, das mit der Schlagzeile "Über 20.000 Ehemalige wollen in die DDR zurück"[180] versucht hatte, Ausreisewillige zu verunsichern und den am "Zurückdrängungsprozeß" beteiligten Funktionären neue Argumente zu liefern.

Der seit Herbst 1983 erfolgte systematische Ausbau der Aufgabenbereiche der ZKG fand in der Organisationsstruktur von Ende 1986 im wesentlichen seinen Abschluß.[181] Der Personalbestand stieg zwischen 1983 bis Ende 1986 von 111 auf 155 Mitarbeiter, also um rund 40 Prozent. Allein von der HA VII (von den Abteilungen 2, 3 und 5) wurden in dieser Zeit im Zuge der Aufgabenübertragung an die ZKG insgesamt 23 Mitarbeiter über-

---

[172] Ebenda, Bl. 241 f.
[173] Beurteilung des Leiters der Abteilung 6, OSL Heinz Simon, vom 17.12.1985; BStU, ZA, KS 22225/90, Bl. 150.
[174] Aufgaben der ZKG/BKG in Auswertung der Zentralen Parteiaktivtagung vom 21.7.1986, S. 8; BStU, ZA, ZKG 1791.
[175] Vgl. Anhang, Tabelle 2.
[176] Beurteilung des OSL Günter Franz vom 13.3.1987; BStU, ZA, KS 28196/90, Bl. 140.
[177] Gemeinsamer Vorschlag vom 18.7.1984; BStU; ZA, Sekretariat Neiber 208, Bl. 243.
[178] Vgl. Kapitel 2.2.
[179] Anlage 4 zur Wochenübersicht Nr. 18/86 der ZAIG vom 5.5.1986; BStU, ZA, ZAIG 4558, Bl. 26.
[180] Neues Deutschland vom 6.3.1985.
[181] Vgl. Kapitel 2.1.

nommen.[182] Der tatsächliche Personalbestand überstieg in den Jahren 1983 bis 1986 ständig die Zahl der eigentlich für die ZKG vorgesehenen 134 Planstellen.[183] Auf der Leitungsebene gab es jedoch offensichtlich Besetzungsprobleme, wie die freien Planstellen im Ende Juni 1985 zeigen.

Das Leitungspersonal der ZKG 1985[184]

	Abteilungsleiter	stellvertretende Abteilungsleiter	Referatsleiter	stellvertretende Referatsleiter
Planstellen	6	7	24	8
davon besetzt	6	6	18	7
durchschnittl. Lebensalter	53,3	48,0	43,3	41,6
durchschnittl. Dienstalter in der ZKG	5,5	1,0	3,1	3,3

In den Führungspositionen gab es nach 1983 folgende Veränderungen: Der Leiter der Abteilung 4, Oberstleutnant Heinz Heß, schied 1985 vorzeitig (als Invalidenrentner) aus, da er aufgrund "nachlassender Leitungstätigkeit und Leistungsfähigkeit [...] den gestellten Anforderungen [...] nicht mehr gerecht" wurde.[185] Sein Nachfolger wurde Oberstleutnant Gerd Held.[186] An die Spitze der AKG trat 1984 Oberstleutnant Manfred Obenauf.[187] Er löste Oberstleutnant Heinz Friedrich ab,[188] der aus "gesundheitlichen Gründen" zurücktreten mußte. Im Frühjahr 1988 schied Oberst Eichler ebenfalls aus gesundheitlichen Gründen aus.[189] Die Position des Stellvertreters des Leiters übernahm Oberstleutnant Held, die Leitung der Abteilung 4 Major Arndt,[190] der bisherige stellvertretende Abteilungsleiter.

Anfang 1987 besaß die ZKG einen Personalbestand von 154 Mitarbeitern, womit der bestätigte Stellenplan bereits um 20 Mitarbeiter überschritten war.[191] Angestrebt wurde von der ZKG eine weitere Aufstockung um 39 Planstellen auf 193 Mitarbeiter. Davon waren 29 für "politisch-operative", acht für "operativ-analytische" und zwei für administrative Tätigkeiten vorgesehen.[192] Als Begründung wurde unter anderem die Zunahme von "Provokationen, Erpressungsversuchen und öffentlichen Zusammenrottungen" seitens der Antragsteller, die gestiegenen Anforderungen bei der Bekämpfung der "inspirierenden

---

182 Schreiben der ZKG vom 15.1.1987 zum vorläufigen Struktur- und Stellenplan, S. 4; BStU, ZA, ZKG, unerschlossenes Material, Bündel 517.

183 Vgl. Anhang, Tabelle 1.

184 Schreiben der HA KuSch vom 10.7.1985, Anlage 3 b; BStU, ZA, HA KuSch, unerschlossenes Material, Bündel 122.

185 Schreiben der HA KuSch vom 10.7.1985, S. 3; BStU, ZA, ZKG 3511.

186 Vgl. Kapitel 2.2.

187 Ebenda.

188 Vgl. Kapitel 3.2.1.

189 Vgl. Kapitel 3.1.

190 Vgl. Kapitel 2.2.

191 Stellungnahme der HA KuSch vom 24.3.1987 zum Struktur- und Stellenplan der ZKG, S. 2; BStU, ZA, HA KuSch, unerschlossenes Material, Bündel 122.

192 Ebenda.

Feindorganisationen", die Verhinderung "spektakulärer Grenzdurchbrüche" und die Unterbindung "des Mißbrauchs von Dienst-, Privat- und Touristenreisen sowie von Seefahrtsbüchern" genannt.[193] Ungeachtet dieser Entwicklung legte die Abteilung Kader und Schulung als "vorläufiges Planstellennormativ" im Mai 1987 einen Personalbestand von 165 Mitarbeitern fest.[194] Sie monierte zugleich, daß die Struktur der ZKG zu kleine Referate und einen zu hohen Anteil an Leitungskadern (1 : 3) aufweise.[195] Zum Jahresende 1987 betrug der tatsächliche Personalbestand 160 Mitarbeiter.[196] Ein Jahr später wurde das Planstellennormativ um 10 und im Oktober 1989 um weitere 13 Mitarbeiter überschritten.[197] Wie der Jahresanalyse der ZKG zur Kaderarbeit 1988 zu entnehmen ist, wuchs das Personal vor allem in der Abteilung 1. So waren in einigen Referaten im IV. Quartal 1988 "etwa 50 Prozent Mitarbeiter" beschäftigt, die erst im Sommer und Herbst des Jahres zur ZKG versetzt worden waren.[198] Gleichzeitig ist eine beträchtliche Hebung des Qualifikationsniveaus zu erkennen. Ende 1988 besaßen 83 Prozent aller Mitarbeiter einen Hoch- bzw. Fachschulabschluß, 1983 waren es erst 48 Prozent gewesen.[199]

Der Personalbestand der BKG stieg von 1983 bis 1986 um 45 Prozent und überschritt damit ebenfalls die Planvorgaben.[200] Von 1987 auf 1988 betrug der Zuwachs nochmals 15 Prozent. Die BKG besaß im Oktober 1989 insgesamt 261 Mitarbeiter, das Planstellennormativ lag bei 243 Stellen.[201] In den einzelnen BKG schwankte die Zahl der Mitarbeiter 1989 zwischen 9 (BV Suhl) und 37 Mitarbeitern (BV Chemnitz).

Der starke Personalzuwachs bei der ZKG und den BKG war eine Reaktion auf die dramatische Entwicklung der Ausreise- und Fluchtbewegung. In den Jahren 1987/88 verdoppelten sich die Flüchtlingszahlen nahezu und lagen 1988 erstmals seit über 20 Jahren wieder bei über 10.000.[202] Zugleich nahmen die "spektakulären" Fälle (Flucht mittels Kfz, Wasserfahrzeuge und Fluggeräte) zu, ein weiteres Problem stellte für das MfS der sprunghafte Anstieg der "Verbleiber"[203] dar, das heißt von Personen, die von einer Dienst- oder Privat-

---

193 Ebenda.
194 Zuarbeit der ZKG vom 30.11.1987 zum Planstellennormativ, S. 24; BStU, ZA, ZKG, unerschlossenes Material.
195 Stellungnahme der HA KuSch vom 24.3.1987, S. 1; BStU, ZA, HA KuSch, unerschlossenes Material, Bündel 122.
196 Statistik der HA KuSch/Planung, S. 55; BStU, ZA, HA KuSch/Abt. Planung, unerschlossenes Material. Vgl. auch Anhang, Tabelle 1.
197 Ebenda, S. 59.
198 Berichterstattung der ZKG vom 7.11.1988 über die Erfüllung von Aufgaben der Kaderarbeit im Jahre 1988; BStU, ZA, ZKG 2801, Bl. 5.
199 Ebenda, Bl. 14.
200 Vgl. Anhang, Tabelle 1.
201 Ebenda.
202 Vgl. Anhang, Tabelle 2
203 Ebenda.

reise in den Westen nicht mehr in die DDR zurückkehrten. Im Vergleich zu 1986 registrierte die ZKG 1987 bei den verhinderten Grenzdurchbrüchen einen Anstieg von 140 Prozent und bei den gelungenen von 132 Prozent.[204] Von 1987 zu 1988 war nochmals ein drastischer Anstieg zu verzeichnen. Er betrug bei den verhinderten Fällen 130 (Bundesrepublik), 135 (Berlin-West) und 180 Prozent (Seegrenze), bei den gelungenen Fluchtversuchen waren es 135 (BRD), 240 (Berlin-West) und 264 Prozent (Seegrenze).[205] Die Fluchtversuche mit Fluggeräten (zwischen 1979 und 1989 registrierte die ZKG insgesamt "111 Angriffe durch 230 Bürger")[206] und mit Wasserfahrzeugen stiegen zwischen 1987 und 1988 auf mehr als das Doppelte, bei jenen mit Kraftfahrzeugen auf 165 Prozent.[207] Dementsprechend stellte die "Schließung von Lücken" im Grenzsicherungssystem nunmehr einen besonderen Arbeitsschwerpunkt der ZKG/BKG dar. Weitere Schwerpunkte bildeten in der Planorientierung für 1989 die verstärkte Überwachung von "anfälligen" Personengruppen (unter anderem 18 bis 35jährige ledige und/oder geschiedene Männer, Vorbestrafte, langzeitig abgelehnte Antragsteller und Berufslose)[208] und die wirksamere "Wahrnehmung des Einspruchsrechts zur Visaerteilung" bei Westreisenden, die durch verbesserte Überprüfungen der betreffenden Personen auf der Grundlage einer "weiteren Qualifizierung der Speicher- und Verdichtungsarbeit"[209] erreicht werden sollten.

In der Statistik zur Ausreisebewegung wurde 1987 erstmals ein "Gesamtbestand von über 100.000 übersiedlungsersuchenden DDR-Bürgern" registriert.[210] Dieser Sachverhalt wurde von Mielke in einem Rundschreiben vom 22. Juni 1987 als eine "Gefahr für die innenpolitische Stabilität und staatliche Sicherheit" beurteilt, der zudem "außenpolitische Schädigungen der DDR" hervorrufe.[211] Er forderte deshalb einen verstärkten Einfluß des MfS auf die "Minister und Leiter zentraler staatlicher Organe", auf die "Bereiche Inneres und die DVP" und wies eine noch engere Kooperation der ZKG/BKG mit der HA VII und den entsprechenden Abteilungen auf BV-Ebene an. Notwendig sei ferner die wirksame

---

[204] Information der Abteilung 6 der ZKG vom Juni 1988 über Angriffe auf die Staatsgrenze der DDR mit spektakulären Mitteln und Methoden sowie Erkenntnisse zur vorbeugenden Verhinderung derartiger Angriffe, S. 1; BStU, ZA, ZKG, unerschlossenes Material, Bündel 502.

[205] Information der ZKG vom April 1989 zum ungesetzlichen Verlassen der DDR über die Staatsgrenze zur BRD, zu Westberlin und über die Seegrenze, S. 2; BStU, ZA, ZKG 1987.

[206] Wochenübersicht der ZAIG vom 6.2.1989; BStU, ZA, ZAIG 4591, Bl. 18.

[207] Ebenda, Bl. 3 ff.

[208] Planorientierung der ZKG für 1989 vom 1.11.1988; BStU, ZA, ZKG 2030, Bl. 918.

[209] Ebenda, Bl. 919.

[210] Hinweise vom Oktober 1987 zu negativen Folgen, die mit erhöhten Übersiedlungen verbunden waren; BStU, ZA, ZKG 105, Bl. 5.

[211] Schreiben Mielkes vom 22.6.1987 an alle Leiter der Diensteinheiten über weiteres Vorgehen [...] des MfS bei der Unterbindung und Zurückdrängung von Übersiedlungsversuchen sowie bei Vorschlägen zur Genehmigung von Übersiedlungen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin, S. 8; BStU, ZA, DSt 103385.

Unterstützung der 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED und anderer Parteiorganisationen sowie die "konsequente Durchsetzung strenger Maßstäbe bei Vorschlägen zur Genehmigung der Übersiedlung, um jegliche Sogwirkung sowie die Herausbildung einer Erwartungshaltung bei anderen Personen zu vermeiden".[212]

Spätestens seit 1987 befanden sich das MfS und speziell die ZKG in ihrem Kampf gegen die Ausreisebewegung in einem unauflösbaren Dilemma. Es bestätigte sich die bereits nach der Ausreisewelle von 1984 gewonnene Erkenntnis, daß eine höhere Zahl von Übersiedlungen den Ausreisedruck nicht minderte, sondern, im Gegenteil, anheizte:

> "Es ist erwiesen, daß [...] die Lage auf diesem Gebiet nicht durch mehr Übersiedlungsgenehmigungen zum positiven verändert werden kann. Zwischen Übersiedlungen im größeren Umfang und dem sprunghaften Ansteigen der Erstersuchen um ein Vielfaches besteht ein kausaler Zusammenhang."[213]

Gegen eine "spürbare Erhöhung" der Ausreisequote sprach sich die ZKG nicht zuletzt deshalb aus, weil damit die Moral der am "Zurückdrängungsprozeß" beteiligten staatlichen Leiter untergraben und zugleich die "Feindorganisationen" einen "erheblichen Auftrieb" erhalten würden.[214] Der Entwicklung durch eine restriktivere Übersiedlungspraxis beizukommen - was 1987 offensichtlich versucht worden war -[215] erwies sich allerdings ebenfalls als kontraproduktiv. In einer Lageeinschätzung Anfang 1988[216] mußte die ZKG einräumen, daß die Situation zunehmend durch den öffentlichkeitswirksamen Zusammenschluß "feindlich-negativer Kräfte" bestimmt werde. Hinzu komme, daß sich ein Teil der Antragsteller "zunehmend hartnäckiger, fordernder und zum Teil aggressiver" verhalte. Neben der Zunahme von Botschaftsbesetzungen (48 Personen gegenüber 37 im Jahre 1986) war vor allem ein drastischer Anstieg selbstinitiierter Kündigungen von 3.800 auf 5.700 Fälle sowie schriftlicher Eingaben festzustellen. Im Vergleich zu 1986 stieg die Zahl der Eingaben an zentrale staatliche Stellen von knapp 34.000 auf über 49.000, darunter allein rund 22.000 an Erich Honecker (1986: 14.000). Auf örtlicher Ebene nahm die Zahl solcher Schreiben von 56.000 auf 81.000 zu.

Verschärfte repressive Maßnahmen gegen demonstrativ agierende Antragsteller - wie etwa die Inhaftierungen im Januar 1988 - halfen jedoch auch nicht weiter. Das Streben der Systemträger der DDR nach internationaler Anerkennung erlaubte - noch dazu in Verbin-

---

212 Ebenda, S. 2 f.

213 Hinweise vom Oktober 1987 zu negativen Folgen, die mit erhöhten Übersiedlungen verbunden waren; BStU, ZA, ZKG 105, Bl. 7.

214 Ebenda, Bl. 8.

215 Vgl. Anhang, Tabelle 3.

216 Ergänzung der ZKG zur Lageeinschätzung für die Jahresplanung 1988 vom Januar 1988; BStU, ZA, ZKG 7726, Bl. 70 ff.

dung mit dem KSZE-Prozeß - keine längereinsitzenden politischen Häftlinge. Kurzfristige Abschiebungen aber verlockten - wie die Abteilung Sicherheitsfragen des ZK feststellen mußte - eher zur Eskalation: "Die im Zusammenhang mit den Ereignissen am 17. Januar [...] erfolgten Übersiedlungen von Provokateuren haben zu verstärkten Aktivitäten eines großen Teiles der Übersiedlungsersuchenden geführt."[217] Verbunden mit der Erkenntnis, daß in "vielen Parteiorganisationen, Betrieben und Kollektiven und bei den Bürgern noch nicht die erforderliche Position zur Vorbeugung von Übersiedlungsersuchen vorhanden" sei,[218] griffen SED und MfS schließlich wieder zur alten Strategie und öffneten das Ausreiseventil, um den Überdruck abzulassen.

Statt der ursprünglich vorgesehenen 1.000 Ausbürgerungen monatlich, entschied man sich für 2.000 bis 3.000 Ausreisegenehmigungen, so daß 1988 fast so viele Bürger dauerhaft ausreisen konnten wie 1984.[219] Dies war nach den Worten von Mielkes Stellvertreter, Rudi Mittig, "zum Abbau des Drucks und zur Beherrschung der Lage notwendig".[220] Aufgrund des unveränderten Drucks wurde diese Praxis auch im Jahre 1989 weitergeführt. Nach Erkenntnissen der ZKG gab es Ende 1988 in zwölf größeren Städten "feindlich-negative Gruppierungen und lose Zusammenschlüsse" von Antragstellern.[221] Darüber hinaus wurden 1988 "im Zusammenwirken mit der DVP" allein gegen die sogenannten "Symbolträger" 64 Ermittlungsverfahren, 328 Ordnungsstrafverfahren, 11 Kfz-Beschlagnahmungen, 89 Führerscheinentzüge, 24 Rücknahmen von Kfz-Zulassungen, 373 polizeiliche Zuführungen und in diesem Zusammenhang insgesamt 3.324 Belehrungen und Verwarnungen veranlaßt.[222]

Wie die weitere Entwicklung zeigte, vermochte auch die am 30. November 1988 erlassene neue "Verordnung über Reisen von Bürgern der DDR nach dem Ausland" die weitere Zunahme der Antragsteller nicht zu stoppen - und dies, obwohl mit Verfügung 192/88 des Vorsitzenden des Ministerrates vom 8. Dezember 1988 über "das einheitliche Vorgehen der staatlichen Organe, Kombinate, Betriebe, Einrichtungen und Genossenschaften zur Zurückdrängung von Antragstellungen auf ständige Ausreise nach dem nichtsozialistischen Ausland"[223] und Mielkes Dienstanweisung 2/88 vom 10. Dezember 1988[224] zur

---

217 Hausmitteilung von Egon Krenz an Honecker vom 14.4.1988; SAPMO-BA, ZPA, IV 2./2.039.308, Bl. 106.

218 Ebenda, S. 108.

219 Schreiben von Rudi Mittig an Egon Krenz vom 16.4.1988; SAPMO-BA, ZPA, IV 2./2.039.308, Bl. 113.

220 Ebenda.

221 Ergänzung der ZKG zur Lageeinschätzung für das Jahr 1988 vom Januar 1989; BStU, ZA, ZKG 2029, Bl. 884.

222 Ebenda, Bl. 886.

223 Verfügung 192/88 des Vorsitzenden des Ministerrats vom 8.12.1988; BStU, ZA, DSt 102535.

224 Ebenda.

"Zurückdrängung von Antragstellern auf ständige Ausreise nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin sowie zur vorbeugenden Verhinderung, Aufklärung und Bekämpfung damit im Zusammenhang stehender feindlich-negativer Handlungen" noch einmal alle Kräfte mobilisiert werden sollten.

Als letzte verzweifelte Anstrengung dürfte schließlich der Versuch des MfS zu bewerten sein, die Ausreisewilligen durch den Ausbau seines Netzes Inoffizieller Mitarbeiter doch noch in den Griff zu bekommen. Dazu sollte neben der Erweiterung des eigentlichen IM-Bestandes (unter anderem durch die Intensivierung "eigenständiger Anstrengungen" der BKG) auch der Einsatz sogenannter "Kontaktpersonen" dienen.[225] Hierunter verstand die ZKG "politisch loyal" eingestellte Bürger, die entweder selbst Antragsteller waren oder "enge, operativ nutzbare Verbindungen zu Antragstellern" unterhielten.[226] So hoffte man vor allem den zunehmenden organisatorischen und politischen Aktivitäten von Antragstellern - insbesondere unter dem Dach der Kirchen und mit anderen oppositionellen Gruppierungen - besser entgegentreten zu können. Gleichzeitig sollte die "öffentliche Diskreditierung" westlicher Organisationen, die Ausreisewillige unterstützten, verstärkt und deren "leitende Mitarbeiter und besonders aktive Mitglieder" verunsichert werden.[227] Doch bereits die Massenflucht von Bürgern der DDR über die ungarisch-österreichische Grenze und die ausufernden Besetzungen der bundesdeutschen Botschaften in Prag und Warschau signalisierten, daß die Tage der DDR gezählt waren.

---

[225] Planorientierung der ZKG für das Jahr 1989 vom 1.11.1988; BStU, ZA, ZKG 2030, Bl. 912 f.

[226] Orientierung der ZKG, Abteilung 4, vom 8.6.1989 zu operativen Arbeit von Kontaktpersonen unter Übersiedlern; BStU, ZA, ZKG 106, Bl. 3.

[227] Planorientierung der ZKG für das Jahr 1989 vom 1.11.1988; BStU, ZA, ZKG 2030, Bl. 916.

4. Anhang

4.1. Tabellen

Tabelle 1: Mitarbeiterstand der ZKG/BKG 1975-1989 (ohne HIM und OibE)[228]

Jahr	ZKG		BKG		Ist gesamt
	Plan	Ist	Plan	Ist	
1976		20	84	84	104
1977		52	103	99	151
1978	64	62	109	99	161
1979		76	117	106	182
1980	97	96	124	112	208
1981	106	95	135	130	225
1982	106	108	144	150	258
1983	124	127	157	155	282
1984	134	141	163	180	321
1985	134	141	166	205	346
1986	134	155	215	225	380
1987	165	160	216	219	379
1988	165	174	221	253	427
1989 (Okt.)		185	243	261	446

Tabelle 2: Fluchtfälle (Personen) 1976-1989[229]

Jahr	gelungene Fluchtversuche			verhinderte Fluchtversuche		Fluchtfälle insgesamt Spalte 2 + 5
	gesamt	Ausschleu-sungen	Verblei-ber[230]	gesamt	Ausschleu-sungen	
1976	951	287	286	3.620	191	4.571
1977	927	215	246	3.601	233	4.528
1978	778	118	254	2.886	254	3.664
1979	832	86	340	2.856	259	3.688
1980	872	72	412	3.321	315	4.193
1981	663	129	309	2.912	211	3.575
1982	647	89	326	3.077	131	3.724
1983	697	85	382	2.910		3.607
1984	627	39	291	1.968	59	2.595
1985	627	29	314	1.509	61	2.136
1986	1.539	32	1.299	2.173	34	3.712
1987	3.565	47	3.235	3.006	35	6.571
1988	6.543	68	5.898	4.224	81	10.767
1989 (8.10.)	53.576		8.746			

[228] Zusammengestellt aus verschiedenen Unterlagen der ZKG und der HA KuSch.

[229] Ohne Rentner; zusammengestellt aus Daten- und Analysematerial der ZKG.

[230] Als "Verbleiber" bezeichnete das MfS Personen, die von einer Privat- oder Dienstreise in den Westen nicht mehr in die DDR zurückkehrten.

Tabelle 3: Antragsteller auf dauerhafte Ausreise (in Tausend) 1977-1989[231]

Jahr	Antragsteller (31.12.)	Erst-Antrag-steller jährlich	Rücknahme Antragsteller jährlich	Zuwachs Antragsteller jährlich	Ausreisende insgesamt[232] jährlich
1977		8,4	0,8	8,0	3,5
1978		5,4	0,7	4,7	4,9
1979		7,7	4,3	3,4	5,4
1980	21,5	9,8	4,7	5,1	4,4
1981	23,0	12,3	5,0	7,3	9,2
1982	24,9	13,5	6,5	7,0	7,8
1983	30,4	14,8	5,6	9,2	6,7
1984	50,6	57,6	17,3	40,3	29,8
1985	53,0	27,3	11,3	16,0	17,4
1986	78,6	50,6	10,8	39,8	16,0
1987	105,1	43,2	12,8	30,4	7,6
1988	113,5	42,4	11,7	30,7	25,3
1989 (30.6.)	125,4	23,0	1,4	21,6	34,6

[231] Ohne Rentner und "Wohnsitzänderungen" (Zusammenführung von Eltern mit ihren minderjährigen Kindern, pflegebedürftigen Angehörigen und Ehegatten) und allein bezogen auf die Bundesrepublik Deutschland und Berlin-West; zusammengestellt aus Jahresanalysen der ZKG.

[232] Einschließlich Freikauf politischer Häftlinge.

4.2. Abkürzungsverzeichnis

AGG	Arbeitsgruppe Grenzsicherung
AGV	Arbeitsgruppe Verbindung (zu den Bruderorganen)
ai	amnesty international
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe
BKG	Bezirkskoordinierungsgruppe
BPA	Bezirksparteiarchiv (der SED)
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
BV	Bezirksverwaltung
BV/V	Bezirksverwaltung/Verwaltung
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DA	Dienstanweisung
DB	Durchführungsbestimmung
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Disz.	Disziplinar
Dos.	Dossier
DSt	Dokumentenstelle
DUG	Datenbank ungesetzlicher Grenzübertritte
DVP	Deutsche Volkspolizei
DWH	Durchgangswohnheim
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
FIM	Führungs-IM, IM zur Führung anderer IM und GMS
Gbl.	Gesetzblatt
GVS	Geheime Verschlußsache
HA KuSch	Hauptabteilung Kader und Schulung
HIM	Hauptamtlicher Inoffizieller Mitarbeiter
HV A	Hauptverwaltung A (Aufklärung, äußere Spionageabwehr, "aktive Maßnahmen" im Operationsgebiet)
Hvd	Hilferufe von drüben
HWHH	Hilfswerk Helfende Hände
IGfM	Internationale Gesellschaft für Menschenrechte
IM	Inoffizieller Mitarbeiter

JHS	Juristische Hochschule (des MfS)
KD	Kreisdienststelle
Kfz	Kraftfahrzeug
KMHB	Kriminelle Menschenhändlerbanden
KS	Kader und Schulung (Signaturkürzel der archivierten Personalakten hauptamtlicher MfS-Mitarbeiter)
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
MdI	Ministerium des Innern
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
OibE	Offizier im besonderen Einsatz
OPK	Operative Personenkontrolle
OSL	Oberstleutnant
OV	Operativer Vorgang
PUT	Politische Untergrundtätigkeit
SAPMO-BA	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SRT	Sicherung des Reise- und Touristenverkehrs
TV	Teilvorgang
VOS	Vereinigung der Opfer des Stalinismus
VVS	Vertrauliche Verschlußsache
ZA	Zentralarchiv
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZASt	Zentrale Aufnahmestelle
ZFOV	Zentraler Feindobjektvorgang
ZK	Zentralkomitee
ZKG	Zentrale Koordinierungsgruppe
ZOV	Zentraler Operativer Vorgang
ZPA	Zentrales Parteiarchiv (der SED)